

## Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Staatsminister Dr. Markus Söder

Abg. Volkmar Halbleib

Abg. Kerstin Schreyer-Stäblein

Abg. Manfred Pointner

Zweiter Vizepräsident Franz Maget

Abg. Claudia Stamm

Abg. Karsten Klein

Abg. Prof. Dr. Michael Piazzolo

Abg. Joachim Unterländer

Abg. Renate Ackermann

Abg. Günther Felbinger

Abg. Georg Winter

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Ich rufe Tagesordnungspunkt 1 b auf:

**Gesetzentwurf der Staatsregierung**

**zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2013/2014 und weiterer Gesetze mit dem Ziel der Finanzierung von Bildungsausgaben (Haushaltsänderungsgesetz 2013/2014 - Bildungsfinanzierungsgesetz) (Drs. 16/15926)**

**- Erste Lesung -**

Das Wort hierzu hat zunächst der Herr Staatsminister der Finanzen. Bitte schön, Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

**Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium):** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Heute ist schon ein besonderer Tag für die Zukunft des Freistaates Bayern,

(Beifall bei der CSU)

denn es geht bei dieser Vorlage, die wir heute einbringen, nicht um ein einfaches Finanzierungsgesetz, sondern die Struktur, die Idee, die Philosophie dahinter ist eine Weichenstellung für Bayern, ein Signal für Deutschland und ein Statement in Europa. Woanders herrscht Depression, in Bayern Optimismus für die Zukunft. Bayern wird mit dem heutigen Tag ein Stück stärker.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Um es einmal einzuordnen: Wie ist es eigentlich woanders im Vergleich? In Zypern stehen Menschen vor Bankautomaten und zittern um ihr Geld. In Spanien verlassen Tausende junger Menschen ihr Land, weil sie dort keine Zukunft mehr sehen. In Nordrhein-Westfalen erklärt das Landesverfassungsgericht den Haushalt der dortigen Landesregierung erneut für verfassungswidrig, und in Stuttgart drohen die Beamten mit einer Resolution, weil sie das Verhalten der dortigen Landesregierung für eine Unverschämtheit halten. Das sind Sorgen, meine Damen und Herren. Dagegen ist manches, was wir in Bayern diskutieren, ein Luxusproblem.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

In Deutschland und Europa, überall gibt es finanzielle Sorgen – bei uns nicht. Nun gibt es den einen oder anderen, der sagt, alles, was wir diskutieren, alle Erfolge, alle Daten, seien Einmaleffekte.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das sagt der Rechnungshof, Herr Finanzminister!)

Nun, meine Damen und Herren, wir legen zum achten und neunten Mal in Folge einen ausgeglichenen allgemeinen Haushalt vor. Das ist kein Einmaleffekt. Wir tilgen Schulden in den Jahren 2012, 2013 und 2014. Dies ist kein Einmaleffekt. Wir halten die höchsten Rücklagen in Deutschland. Dies ist kein Einmaleffekt, und Bayern hat erneut die höchste Bewertung der Rating-Agenturen erhalten. Dies ist kein Einmaleffekt. Bayerische Haushaltspolitik ist kein Einmaleffekt, sondern sie ist einmalig in Deutschland.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Gibt es Belege? Schauen wir uns Zahlen an, zum Beispiel die Zinsquoten anderer Länder: Welche Zinsen zahlen eigentlich andere Länder für ihre Schulden? Schleswig-Holstein: 10,1 %, Rheinland-Pfalz: 8,1 %, Niedersachsen: 7,6 %, Nordrhein-Westfalen: 6,8 %, Hessen: 6,0 %, Baden-Württemberg: 4,8 %. 2,1 % in Bayern sind die absolute Spitze in Deutschland, und darauf dürfen wir stolz sein.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich respektiere sehr kritische Bewertungen auch des Obersten Rechnungshofes. Das ist seine Aufgabe. Aber bei aller Beachtung der Kritik sollte man nach der Vorlage auch das Positive sehen. Der Oberste Rechnungshof schreibt dies sogar in seinen Pressemitteilungen ausdrücklich an erster Stelle. Der ORH-Präsident sagt: "Die angekündigte Tilgung von weiteren 480 Millionen Euro Staatsschulden wird von uns ausdrücklich begrüßt." Die Staatsregierung setzt damit den Weg fort, den der ORH ihr

empfohlen hat, und jetzt kommt es: Es ist ein Kurs, der Bayern deutschlandweit zu einem Vorbild für eine solide Finanzpolitik hat werden lassen. - Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir sind gut, aber wir wollen noch besser werden. Dank des Fleißes der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, des Mittelstandes, der Unternehmungen sowie der Steuerverwaltung haben wir 2012 deutlich höhere Steuereinnahmen: weit über 800 Millionen Euro. Zusätzlich – das wird häufig unterschlagen – haben wir durch einen effizienten Haushaltsvollzug – übrigens gerade der Finanzverwaltung und des Finanzministeriums – einen Betrag von über 443 Millionen Euro zusammengebracht. Das heißt, wir haben sogar nach Abzug der Mehrzahlungen des Länderfinanzausgleiches 1,132 Milliarden Euro mehr. Jeder sagt, wir hätten irgendwelche Defizite. Dazu kann ich nur sagen: In Bayern geben wir nur das Geld aus, das wir solide erwirtschaftet haben, und nichts anderes.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Zu der Debatte um die Rücklage und die Strategie übrigens ein Hinweis: Eine Rücklage ist nicht etwa ein verschlossener Tresor, ein Festgeld. Eine Rücklage ist auch nicht irgendetwas, das im Keller liegt, sondern eine Rücklage ist nichts anderes als das Girokonto des Freistaates. Alles, was wir einnehmen, kommt zunächst – wo soll es anders hin? – in die Rücklage. Deshalb haben wir aufgrund der guten Steuereinnahmen, des guten Haushaltsvollzuges und des Fleißes der Menschen im Moment eine hohe Rücklage von circa 4 Milliarden Euro.

Nun stellt sich die Frage: Was machen wir eigentlich damit? Was ist eigentlich die Anlagestrategie? Vor einem Jahr haben wir überlegt, 250 Millionen Euro zu tilgen. Darauf sagte uns der Oberste Rechnungshof: Bitte tilgt mehr, bildet dafür weniger Rücklage. Wir haben das sehr ernst genommen. Was tun wir? Wir tilgen mit dem Entwurf, den wir heute vorlegen, insgesamt 2,5 Milliarden Euro. Das sind circa 11 % der allgemeinen Haushaltsschulden der gesamten bayerischen Nachkriegsgeschichte. Wir setzen

damit den Schuldentilgungsplan nicht nur fort, wir sind sogar im Über-Soll. Würden wir aufhören, Schulden zu tilgen, dann hätten wir auf die gesamte Zeitachse, über die wir sprechen, die wir planen, schon 1,3 Milliarden Euro Zinsen gezahlt.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Meine Damen und Herren, eines kann ich Ihnen sagen: Es gibt außer der Staatsregierung niemand in Deutschland, der so ein seriöses Signal für die Finanzierung setzt.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

War unsere Rücklage eigentlich immer so hoch? Wie sieht es bei anderen aus – weil darüber geredet wird? Wir hatten in Bayern in den Jahren 2003/2004 eine Rücklage von 126 Millionen Euro. Wir hatten 2005 eine Rücklage von 400 Millionen Euro, und jetzt, nach der größten Tilgung deutschland- und europaweit, werden wir zum Ende des Jahres 2014 immer noch eine Rücklage von 1,3 Milliarden Euro haben.

(Volkmar Halbleib (SPD): Ihr habt die höchsten Schulden gemacht!)

Nun überlege ich mir aber: Was ist der richtige Weg? Man muss ja überlegen, was man mit Geld macht, wenn man es erarbeitet hat. Der eine Weg besteht darin, das Geld auf der Bank, auf dem Konto einfach liegen zu lassen. Das würde bedeuten, dass wir geringe Zinsen bekommen, aber hohe Zinsen für ehemalige Verbindlichkeiten zahlen müssen. Der andere Weg besteht darin, zu tilgen. Damit sparen wir uns die Zinsen für teure Kredite und haben einen besseren Finanzsaldo. Jeder Kundenberater einer Sparkasse oder Genossenschaftsbank würde uns genau diese Anlagestrategie empfehlen. Ich sage Ihnen, meine Damen und Herren: Wir tun genau das, was das Richtige ist. Es ist besser, Schulden zu tilgen, als das Geld auf dem Konto zu parken.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ziehen wir doch einen Vergleich: Welche Rücklagen haben andere? Bayern hat Ende 2014 voraussichtlich 1,3 Milliarden, trotz aller Aufgaben, die sich uns noch stellen. Die

uns bekannten Zahlen zu den anderen Ländern: Nordrhein-Westfalen: nichts. Baden-Württemberg: 80 Millionen. Rheinland-Pfalz hat noch eine hohe Rücklage mit über 200 Millionen. Das ist das Geld, das für die Nürburgring-Pleite eingeplant werden muss.

(Zuruf des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

Deswegen möchte ich Folgendes festhalten, wenn hier der Eindruck erweckt wird, wir seien quasi eine Bananenrepublik: Bayern hat die niedrigste Pro-Kopf-Verschuldung, die höchste Tilgung, die höchste Rücklage. Meine Damen und Herren, das ist solide, das ist seriös, und darauf sind wir stolz.

(Beifall bei der CSU - Alexander König (CSU): Und Bayern hat den besten Finanzminister!)

Hinzu kommt - das ist uns wichtig, weil die CSU-Fraktion, der Vorsitzende des Haushaltsausschusses Georg Winter, Herr Kollege Klein und viele andere uns darauf hingewiesen haben -, dass wir in der jetzigen guten Zeit Verbindlichkeiten abbauen. Das nennt sich Abfinanzierung. Wir erfüllen damit Förderzusagen, die wir vielen Partnern im Land gegeben haben, etwa Schulen und Vereinen. Ihnen wollen wir helfen. Wir haben im letzten Jahr mit der Abfinanzierung begonnen, im Jahr 2012, und jetzt setzen wir sie kräftig fort. 2012 und 2013 sind es für beide Jahre zusammengenommen 225 Millionen Euro. Was verändert sich dadurch? Beispielsweise verkürzen sich für viele Vereine und Verbände in Bayern Wartezeiten, und die Planungssicherheit wird verbessert. Zum Beispiel hatten private Volksschulen vor unserer Abfinanzierung eine Wartezeit von 20 Jahren, jetzt sind es noch fünf Jahre. Private Förderschulen mussten vor unserer Abfinanzierung acht Jahre warten, nach der Abfinanzierung warten sie 2,5 Jahre.

(Volkmar Halbleib (SPD): Wie sind diese Rückstände überhaupt entstanden?)

Im Sportstättenbau betrug die Wartezeit früher sechs Jahre, jetzt sind es 1,5 Jahre.

(Volkmar Halbleib (SPD): Wer war denn dafür verantwortlich? Wer hat die Regierungsverantwortung getragen?)

Meine Damen und Herren, wir vertagen nichts in die Zukunft, sondern handeln nach dem Motto: Was du heute kannst besorgen, das verschiebe nicht auf morgen.

(Beifall bei der CSU)

Damit aber nicht genug. Es wäre relativ leicht, nur Schulden zu tilgen und abzufinanzieren. Vielmehr investieren wir auch. Wir haben gerade eine Debatte erlebt, in der gesagt wurde: Ihr müsst mehr für Bildung tun. Ihr müsst noch mehr tun! Jetzt machen wir das, aber das ist dem einen oder anderen auch wieder nicht recht. Wir investieren in die Zukunft der Gesellschaft. 695 Millionen Euro werden letztlich in junge Menschen investiert, und zwar über alle Bereiche. Das bringt gesellschaftliche Rendite, verbessert die Lebensqualität in Bayern und macht Bayern bildungs- und familienfreundlicher.

Wir haben die volle Kompensation der Studienbeiträge. Gerade eben haben wir es gehört. Das schafft nicht nur die höchste Qualität der Leistung, das schafft auch Planungssicherheit bei vielen, vielen Partnern. Hinzu kommen seit 2008 insgesamt 48.000 neue Studienplätze und eine Aufstockung des wissenschaftlichen Personals um weitere 400 Stellen im Doppelhaushalt 2013/2014. Im Übrigen war der Zuzug zu bayerischen Universitäten jahrelang trotz Studiengebühren ungebrochen. Wenn man alles zusammennimmt, die Kompensation der Studienbeiträge, die Investitionen in die Studienplätze, die Investitionen ins wissenschaftliche Personal, kann man sagen: Wenn es ein Land gibt, in dem im Hinblick auf die Studienbedingungen Milch und Honig fließen, dann ist es Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Und darauf wollen wir aufsetzen. Im Übrigen haben Sie, Herr Piazzolo, das Stichwort "im Namen des Volkes" angesprochen. Das Volk in Bayern besteht nicht nur aus Stu-

den, das Volk in Bayern will auch ganz bewusst einen Anwalt, der sich zwar um die Studenten kümmert, der aber auch an die anderen denkt.

(Markus Reichhart (FREIE WÄHLER): Die anderen sind 60 %!)

Mit dem Meisterbonus, den wir jetzt einführen, geben wir ein echtes Bekenntnis zum Handwerk ab. Das ist in dieser Form einzigartig in Deutschland. Mit dem Pflegebonus setzen wir ein Signal für die Pflegeberufe, also für wirklich harte Berufe. Wir geben damit ein Signal in Richtung auf die demografische Entwicklung. Auch hier wollen wir eine Antwort auf die drängenden Fragen geben. Deswegen geht es heute nicht nur um die Studiengebühren, vielmehr senden wir mit unserem Entwurf auch eine Botschaft für ganz Deutschland aus: Bayern denkt an seine Studenten, aber Bayern liegt in gleicher Weise auch die berufliche Bildung am Herzen.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Alexander König (CSU): Sehr gut!)

Und wir sorgen uns auch um die ganz Kleinen und um die Familien. Der bundesweite Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz ist eine wichtige soziale Errungenschaft im Hinblick auf die Vereinbarkeit von Beruf und Familie in Deutschland. Wir in Bayern haben von Anfang an gesagt: Wir lassen die Kommunen bei dieser gewaltigen Investitionsaufgabe nicht allein. Wir lassen niemanden allein. In den Jahren 2008 mit 2014 fördern wir Investitionen mit über 950 Millionen Euro. So viel steckt der Freistaat Bayern in den Krippenausbau; das ist eine knappe Krippenmilliarde. Andere Bundesländer können davon nur träumen. Wir verlängern jetzt das Sonderprogramm, und wir geben eine Krippenausbaugarantie ab. Allerdings müssen jetzt auch die Kommunen mitziehen. Das gilt gerade für die beiden großen Städte, in denen noch der größte Bedarf besteht. Klar ist, dass keiner mehr den Freistaat auffordern kann, mehr Unterstützung zu geben; die Verantwortung liegt jetzt bei der kommunalen Seite vor Ort. Wir wünschen, dass in Nürnberg und München endlich das Geld eingesetzt wird, damit die benötigten Krippenplätze entstehen können.

(Beifall bei der CSU)

Nicht nur die Quantität, sondern auch die Qualität der Kinderbetreuung wird verbessert. Die Sprachförderangebote werden ausgebaut, die Öffnungszeiten werden im Interesse der Familien flexibilisiert, der Anstellungsschlüssel und damit die Qualität der Betreuung wird verbessert, der Einstieg in das zweite beitragsfreie Kindergartenjahr wird an dieser Stelle ermöglicht; das ist gerade ein Anliegen der FDP, Kollege Hacker, Kollege Klein. – Wir präsentieren damit gelebte Familienpolitik, und zwar ohne Ideologie, ohne Ausgrenzung. Wir machen Betreuungsangebote wie nirgendwo sonst – gleichzeitig wird aber den Familien, die sich anders entscheiden, an dieser Stelle ein Angebot gemacht. Bayern ist ein tolles Land für Familien. Aus aktuellem Anlass will ich unserer Familienministerin Christine Haderthauer ein herzliches Dankeschön für ihre Arbeit aussprechen.

(Beifall bei der CSU - Volkmar Halbleib (SPD): Bei Ihren Solidaritätserklärungen muss ihr angst und bange um ihren Job werden! Da muss sie doch Angst um den Job haben! - Weitere Zurufe)

- Das überrascht auch den Ministerpräsidenten.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Sie haben das Wort, Herr Staatsminister, bitte schön.

**Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium):** Meine sehr verehrten Damen und Herren, fassen wir in aller Kürze zusammen. – Ich habe gelesen, dass gesagt wird, es sei ein Pleiterisiko, ein Blendwerk, alles sei nur noch Show. In einer Fernsehsendung gibt es am Schluss immer den Faktencheck. Dort werden Politiker mit Aussagen konfrontiert, die vielleicht nicht ganz stimmen. Ich möchte jetzt dem Parlament hier verschiedene Fragen stellen. Dann müssen auch Sie antworten, Herr Rinderspacher, ob es stimmt oder ob es nicht stimmt. Und danach können die bayerischen Bürgerinnen und Bürger beurteilen, was hier passiert.

Erstens: Bayern hat einen ausgeglichenen Haushalt,

(Volkmar Halbleib (SPD): Falsch! - Markus Rinderspacher (SPD): 10 Milliarden  
Schulden wegen der Landesbank!)

andere nicht. Stimmt's oder stimmt's nicht? – Es stimmt. Andere machen Schulden,  
wir tilgen am meisten. Stimmt's oder stimmt's nicht? – Es stimmt. Wir haben die  
höchste Rücklage in Deutschland, andere haben keine. Stimmt's oder stimmt's nicht?

(Zurufe von der CSU: Stimmt!)

– Es stimmt. Wir haben die niedrigste Zinsquote in Deutschland (West), meine Damen  
und Herren. Stimmt's oder stimmt's nicht?

(Zurufe von der CSU: Stimmt! - Markus Rinderspacher (SPD): Wer hat die höch-  
sten Schulden in Bayern gemacht? Die CSU. Stimmt's oder stimmt's nicht?)

Wir haben die niedrigste Pro-Kopf-Verschuldung, meine Damen und Herren, stimmt's  
oder stimmt's nicht?

(Zurufe von der CSU: Stimmt!)

– Es stimmt. Wir haben mit die höchste Investitionsquote in Deutschland. Stimmt's  
oder stimmt's nicht?

(Zurufe von der CSU: Stimmt! - Zuruf des Abgeordneten Markus Rinderspacher  
(SPD))

Wer hat den höchsten kommunalen Finanzausgleich aller Zeiten gemacht, meine  
Damen und Herren? Das war Bayern. Stimmt's oder stimmt's nicht?

(Zurufe von der CSU: Stimmt! - Alexander König (CSU): Nicht so schnell, die  
kommen gar nicht mit! - Weitere Zurufe – Glocke des Präsidenten)

Wollen Sie mit einstimmen, Herr Präsident?

(Allgemeine Heiterkeit)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Herr Staatsminister, ich habe für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Herr Staatsminister, Sie dürfen weiterreden.

**Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium):** Jetzt kommt gerade Stimmung auf, und schon ist der Präsident zur Stelle.

(Renate Will (FDP): Ja, eben deswegen!)

All diese Fakten bestehen jeden Check.

Abschließend ist mir noch Folgendes wichtig: Selbst wenn das nicht reichen würde, selbst wenn jeder sagen würde, das ist mir zu wenig, wir müssen mehr machen, weiß ich eine Möglichkeit, wie wir die Rücklage auf einen Schlag dramatisch erhöhen könnten.

(Prof. Dr. Michael Piazzolo (FREIE WÄHLER): Jetzt wird es aber ganz dramatisch!)

Ich kenne eine Möglichkeit, wie wir von 1,3 Milliarden Rücklage Ende 2014 schnell auf 9,3 Milliarden kommen könnten: Das wäre dann möglich, wenn alle mithelfen würden und die Klage gegen den Länderfinanzausgleich unterstützten.

(Beifall bei der CSU)

Wir werden gemeinsam mit dem Bundesland Hessen eine Klage einreichen, weil die bayerischen Bürgerinnen und Bürger durch unseren Beitrag zum Länderfinanzausgleich von acht Milliarden Euro de facto entmündigt werden.

(Volkmar Halbleib (SPD): Ende Februar haben Sie doch gesagt!)

Wir würden uns wünschen, dass hier alle Bayern am gleichen Strang ziehen. In Hessen haben die GRÜNEN übrigens Mut bewiesen.

(Peter Winter (CSU): Hört, hört!)

Die hessischen GRÜNEN sagen nämlich: Auch wenn wir im Land eine andere Politik wollen, sagen wir Ja zu Hessen, sagen wir Ja zu der Klage, weil es richtig ist, dass das Land Hessen zu viel bezahlt.

(Claudia Stamm (GRÜNE): Stimmt nicht!)

Und was machen unsere GRÜNEN, meine sehr verehrten Damen und Herren? Unsere GRÜNEN reichen kleinkarierte Pressemitteilungen wegen bedürftiger Witwen aus Franken ein.

(Zuruf von der CSU: Stimmt!)

Habt mal lieber den Mut gegenüber den eigenen Parteifreunden in Berlin. Da gehört er hin, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CSU)

Deswegen sage ich Ihnen heute auch: Wenn man in Bayern helfen will, dann bitte mit guten Ideen und nicht mit Meckereien. Bayern ist stark, und wir wollen, dass Bayern noch stärker wird. Deshalb haben wir diesen Gesetzentwurf vorgelegt. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Danke schön, Herr Staatsminister Dr. Söder. – Ich eröffne die Aussprache. Hierzu wurde ursprünglich eine Redezeit von 15 Minuten pro Fraktion vereinbart. Nachdem Herr Staatsminister zwei Minuten und sechs Sekunden überzogen hat, verlängert sich auch die Redezeit jeder Fraktion um diese zwei Minuten und sechs Sekunden. - Herr Kollege Halbleib, Sie haben das Wort. Bitte schön.

**Volkmar Halbleib (SPD):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die SPD-Landtagsfraktion und die Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN könnten sich eigentlich uneingeschränkt freuen: CSU und die FDP haben trotz der hohen Töne des Finanzministers an diesem Pult eben vor meiner Rede in wesentlichen Teilen ihres Konzepts, ihres politischen Plans für die Bildungsfinanzierung eine längst überfällige Korrektur ihrer Regierungspolitik vorgenommen – und das ist gut so.

(Beifall bei der SPD - Thomas Hacker (FDP): Das ist eine Weiterentwicklung!)

Zweitens. Die SPD, die FREIEN WÄHLER und die GRÜNEN haben als maßgebliche Unterstützer, allen voran die FREIEN WÄHLER als Initiatoren, bereits vor den Landtagswahlen – darüber freuen wir uns besonders – im September wichtige politische Inhalte in der Bildungsfinanzierung durchsetzen können, und das freut uns noch mehr!

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Wir würden uns aber vor allem darüber freuen, liebe Kolleginnen und Kollegen der CSU und der FDP, wenn Ihrem Bildungsfinanzierungsgesetz ein ehrlicher und überzeugender Meinungswandel zugrunde liegen würde. Aber das ist leider nicht der Fall.

Deswegen sagen wir in dieser Deutlichkeit: Dieser Gesetzentwurf entspricht, was die Studienbeiträge, ihre Abschaffung und deren Finanzierung aus dem Haushalt des Freistaates Bayern, wie auch die anderen Verbesserungen in der Bildungsfinanzierung betrifft, und zwar aus unterschiedlichen Gründen für FDP und CSU, nicht Ihrer politischen Überzeugung, sondern ist allein die Folge eines von den Oppositionsfraktionen auf den Weg gebrachten erfolgreichen Volksbegehrens. Das ist die Wahrheit an dieser Stelle, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN - Widerspruch bei der CSU)

Sie bewegen doch schon lange keine Inhalte mehr, Sie werden allein bewegt von der Angst vor Machtverlust. Das ist die Wahrheit, die in diesem Haus auch einmal ausgesprochen werden muss.

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN - Zuruf von der SPD: Bravo! - Zuruf des Abgeordneten Alexander König (CSU))

Sie legen heute einen Gesetzentwurf vor, gegen dessen wichtigste Inhalte Sie seit viereinhalb Jahren in dieser Legislaturperiode massiv Sturm gelaufen sind, nämlich gegen den Ersatz von Studiengebühren durch reguläre Haushaltsmittel, um die Bildungsbarrieren abzubauen. Sie legen heute einen Gesetzentwurf vor mit Verbesserungen, die Sie noch vor wenigen Wochen in den Haushaltsberatungen zum Doppelhaushalt 2013/2014 abgelehnt und brachial mit Ihrer Regierungsmehrheit niedergestimmt haben. Das ist doch die Wahrheit.

Sie machen hierbei eine Kehrtwende, die nicht Ihrer politischen Überzeugung entspricht, sondern die der Angst vor dem Wähler geschuldet ist. Es freut uns, dass wir diese Fortschritte erreichen, aber wir sagen auch, was die wahren Gründe dafür sind.

(Beifall bei der SPD)

Sie machen doch nichts anderes, Herr Finanzminister, trotz Ihrer hohen Töne, als die politischen Fehler dieser Legislaturperiode bei den Studiengebühren, bei der Altenpflegeausbildung zu korrigieren. Was haben wir hierzu für Diskussionen bei den Beratungen zum Doppelhaushalt geführt? Wir haben gesagt, dass die Finanzierung bei der Altenpflegeausbildung nicht ausreicht. Es wurde alles von Ihnen niedergestimmt. Sie haben ein Problem erzeugt, und jetzt wollen Sie den Anschein erwecken, als wären Sie die Problemlöser. Sie sind die Problemerzeuger! Es hat parlamentarischen Drucks und eines Drucks aus der Bevölkerung bedurft, dass wir dieses Problem endlich lösen können. Das ist doch die Wahrheit.

(Beifall bei der SPD - Widerspruch bei der CDU und der FDP)

Ich komme zum nächsten Punkt, zum Finanzierungsstau. Sie haben selbst die Zeiten genannt, wie lange die Institutionen auf die Finanzierung vom Freistaat Bayern warten mussten. Es waren lange Wartezeiten bis zur Finanzierung, die die Institutionen selbst tätigen müssen – mit sehr schwierigen Konstellationen. Wer ist denn, liebe Kolleginnen und Kollegen der CSU und der FDP, für diesen Finanzierungsstau verantwortlich? – Die Oppositionsfraktionen, die Institutionen oder Sie mit Ihrem Regierungshandeln? Sie sind doch verantwortlich! Sie haben das Problem geschaffen, und es ist verdammt noch einmal Ihre Pflicht und Schuldigkeit, diese Probleme auch endlich anzugehen.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von der CSU)

Die Menschen im Freistaat merken das auch. Sie merken, dass dieses Bildungsfinanzierungsgesetz zwar wichtige Fortschritte enthält, sie sagen aber auch, dass das nicht das Ergebnis einer sachorientierten Politik bei der CSU und der FDP ist, sondern – damit komme ich auf den Kernpunkt, der auch angesprochen werden muss – es ist eine machtpolitische Stillhalteprämie, um eine aneinander verzweifelnde Regierungskoalition von Schwarz-Gelb vor dem politischen Zusammenbruch zu retten und die Koalition über die Zeit bis zum Wahltag zu bringen. Das steckt doch hinter Ihrer Vorgehensweise. Das muss man den Menschen sagen. Sie kapieren es auch.

(Beifall bei der SPD)

Die Menschen verstehen auch, dass die maßgeblichen inhaltlichen und politischen Impulse für dieses Gesetz nicht von Schwarz-Gelb kommen, sondern von der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN.

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Schwarz-Gelb hechelt hinterher und wird politisch gezwungen, zentrale Forderungen der drei Oppositionsfraktionen bereits heute zu erfüllen. Wir freuen uns darüber. Wir sagen aber auch, warum Ihr Meinungswandel nichts mit innerer Überzeugung zu tun hat, sondern mit dem Wahltag im September.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Schauen wir uns noch eines an: Der Finanzminister spricht in hohen Tönen von einer überzeugend gelebten Familienpolitik. Dazu schauen wir doch einmal zurück. Was haben Sie denn im Dezember bei den Beratungen zum Doppelhaushalt 2013/2014 noch beschlossen? War es gelebte, praktizierte Familienpolitik, dass Sie dringende Abfinanzierungsmaßnahmen, beispielsweise für den vereinseigenen Sportstättenbau in Höhe von 12,5 Millionen Euro abgelehnt haben? Das war das Gegenteil von gelebter Familienpolitik.

Das Gleiche gilt für die Abfinanzierung bei den privaten Schulen. Auch hierzu haben wir Anträge eingereicht, die Sie mit Ihrer Regierungsmehrheit brachial abgelehnt haben. Im Bereich der Bildung haben wir um mehr Lehrerstellen gekämpft, damit wir das machen können, was Sie jetzt nachgeschoben haben, nämlich eine individuelle Förderung an den Schulen. Das wurde von Ihnen abgelehnt. Gelebte Familienpolitik? – Wunderbar, Glückwunsch!

Berufliche Bildung: Wir haben um den Schulgeldausgleich gekämpft. Alle drei Oppositionsfractionen sind abgebürstet worden, obwohl der Notstand klar sichtbar war. – Gelebte Familienpolitik?

Das Gleiche gilt für die Verbesserung beim BayKiBiG. Hierzu haben wir auch maßgebliche Anträge eingereicht. Sie sind von Ihnen abgelehnt worden.

Ich kann nur sagen: Die Halbwertszeit Ihrer Verlässlichkeit, die Verlässlichkeit Ihrer Politik ist sehr kurz. Das alles ist erst wenige Wochen her: Am 13. Dezember 2012 haben Sie mit Ihrer Regierungskoalition all dieses abgelehnt, und am 23. Februar 2013 hat der Koalitionsausschuss die heute zu beratenden Änderungen beschlossen. Die Halbwertszeit Ihrer Politik beträgt in diesem Freistaat gerade einmal 72 Tage. Das ist Ihre Verlässlichkeit. Das zeigt, wie Sie in der Politik agieren. Das ist eine inakzeptable Vorgehensweise.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN - Zuruf des Abgeordneten Alexander König (CSU))

Dabei stellt sich natürlich die Frage nach der Nachhaltigkeit dieser Verbesserungen; denn so willkürlich – ich habe es geschildert –, wie die jetzt erreichten inhaltlichen Fortschritte im Entwurf des Bildungsfinanzierungsgesetzes sind, so willkürlich – das prophezeie ich Ihnen, das prophezeie ich auch den Menschen in diesem Freistaat – werden diese auch wieder gestrichen oder gegebenenfalls an anderer politischer Stelle teuer bezahlt werden, wenn CSU und FDP diesen chaotischen Regierungsstil fortsetzen können.

Deshalb die klare Botschaft: Wer in Bayern will, dass die Fortschritte in der Bildungsfinanzierung, die wir erkämpft haben, beibehalten und ausgebaut werden und nicht will, dass nach der Wahl ab dem nächsten Jahr diese Fortschritte den Streichungsorgien von CSU und FDP zum Opfer fallen, der muss bei der Landtagswahl dafür sorgen, dass diese CSU-FDP-Drehhofer-Koalition abgewählt wird und die heutigen Oppositionsfractionen eine Gestaltungsmehrheit bekommen. Das ist die Botschaft, die von diesem Tag ausgehen muss.

(Beifall bei der SPD)

Denken wir doch einmal über die hohen Töne nach, in denen der Finanzminister die Finanzpolitik gelobt hat, und vergleichen diese mit dem Gesetzentwurf und auch mit der glasklaren Analyse des Obersten Rechnungshofs. Herr Finanzminister, ich kann Ihre Ausführungen nur so verstehen, dass Sie – das wird man im Redemanuskript nachlesen können - den Präsidenten des Obersten Rechnungshof permanent kritisiert und die Analyse des Obersten Rechnungshofs infrage gestellt haben.

Machen wir doch einmal den Faktencheck. Ich stelle fest, dass bei diesem Staatshaushalt nicht die Rede von einem ausgeglichenen Haushalt sein kann, bei dem die laufenden Einnahmen die laufenden Ausgaben decken. Erster Punkt: Dieser Staats-

haushalt – das sagt der Oberste Rechnungshof ganz deutlich – hat einen negativen Finanzierungssaldo. Das ist ein Faktum, das man zur Kenntnis nehmen muss.

Wenn wir schon beim Faktencheck sind, frage ich Sie: Wer hat denn die Schulden des Freistaats Bayern in dieser Legislaturperiode auf Rekordhöhe gebracht und um 10 Milliarden Euro, um 800 Euro pro Bürger, nach oben getrieben?

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Florian Streibl (FREIE WÄHLER) – Zurufe von der CSU)

- Ja, das passt Ihnen nicht. Aber der Faktencheck zeigt: Das waren Sie in Ihrer politischen Verantwortung. Es ist die CSU, die die Fehlentscheidungen bei der Landesbank zu verantworten hat. Das sind Fakten; die müssen Sie zur Kenntnis nehmen.

(Georg Schmid (CSU): Steinbrück, Ihr Spitzenkandidat, hat es in sieben Jahren geschafft, ja, das ist schon so!)

- Ihre Erregung ist verständlich, Herr Kollege Schmid.

(Georg Schmid (CSU): Man sollte nicht so schlau daherreden, wenn man selber nichts zustande gebracht hat! - Alexander König (CSU): Das Ganze wird nicht dadurch wahrer, dass man es dreimal wiederholt!)

- Der Herr Minister hat doch den Faktencheck angeregt. Deswegen sollten Sie auch die Fakten zur Kenntnis nehmen.

(Georg Schmid (CSU): Den können wir gern machen! Schauen wir einmal Steinbrück an: 30 Milliarden in sieben Jahren!)

Sie erwähnen den Nürburgring und haben selbst ein Desaster von 10 Milliarden Euro zu verantworten. Da bleibt einem doch die Spucke weg! Sie sind verantwortlich. Sie sind die größten Schuldenmacher in der Geschichte des Freistaats Bayern und stellen sich hierhin, als wären Sie genau das Gegenteil.

(Beifall bei der SPD - Alexander König (CSU): Das ist nebenbei eine Themaverfehlung, oder? - Georg Schmid (CSU): WestLB, HSH Nordbank, NRW-Schulden!  
- Harald Güller (SPD): Jeder weiß, dass Georg Schmid bei dem Desaster mitgestimmt hat!)

Ich kann es aus einem gewissen politischen Mitgefühl verstehen - obwohl sich dieses Mitgefühl andererseits auch in Grenzen hält -, dass es einem Finanzminister und einer Regierungskoalition natürlich nicht passt, wenn der Oberste Rechnungshof klar ausspricht, was zu dieser Finanzierung zu sagen ist. Ich sage nur Folgendes: Die Rücklagen werden mit diesem Bildungsfinanzierungsgesetz deutlich abgeschmolzen. Ich sage: 2,5 Milliarden Euro in zwei Haushaltsjahren aus der Rücklage zu nehmen, bedeutet, dass die Rücklagen des Freistaats Bayern geplündert werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich will noch etwas zur Schuldentilgung sagen. Schuldentilgung ist etwas Sinnvolles. Jedoch geht die von Ihnen ausgewiesene Schuldentilgung eindeutig und glasklar zu Lasten der wichtigen Vorsorgesysteme. Mit dieser Schuldentilgung wird kein Beitrag zur finanzpolitischen Nachhaltigkeit geleistet, weil in gleichem Umfang, wie sich der Staatshaushalt entschuldet, die Vorsorgesysteme, die wir dringend für die Zukunft brauchen, verschuldet werden. Schuldentilgung klingt gut. Aber so, wie Sie sie finanzieren, ist sie nicht nachhaltig. Ökonomisch machen Sie nichts anderes, als die Tilgung alter Schulden mit neuen Schulden zu finanzieren. Das ist keine finanzpolitische Nachhaltigkeit. Auch das ist ganz klar den Fakten zu entnehmen.

(Beifall bei der SPD)

Den einzigen Strohhalm des Finanzministers bilden, was die Wiederauffüllung der Rücklagen anbetrifft, im Prinzip irreguläre Einnahmen aus dem Bereich der Landesbank. Die Mieterinnen und Mieter der GBW werden sich jetzt schon darauf einstellen können, dass sie letztendlich durch den Verkauf der Wohnungseinheiten der GBW an

den Meistbietenden für eine solche Finanzierungspolitik zahlen müssen. Auch das ist die Wahrheit.

Nicht allein wir als Opposition, als SPD-Fraktion, kritisieren das, sondern dies wird auch in der veröffentlichten Meinung ganz klar so analysiert. Ich darf Ihnen einmal zwei Zitate näherbringen, damit Sie nicht nur hören, was Halbleib und die SPD-Fraktion sagen, sondern auch die veröffentlichte Meinung hören.

Zitat "Süddeutsche Zeitung": "Mit seriöser Haushaltspolitik hat das alles längst nichts mehr zu tun; Bayerns Rechnungsprüfer entzauberten ein gutes halbes Jahr vor der Landtagswahl Schwarz-Gelb.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zurufe von der CSU)

Seehofers Schuldentilgungsziel entlarvten sie als einen ganz großen Bluff." – Besser könnte ich es auch nicht sagen. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Margarete Bause (GRÜNE))

Die "Nürnberger Nachrichten" schreiben: "Offiziell feierten sich Seehofer und die Seinen als die finanzpolitischen Weltstrategen." – Der Herr Finanzminister hat heute noch einmal vorgeführt, wie man das macht. –

(Alexander König (CSU): Er hat es sehr nachdrücklich vorgeführt! Das müssen Sie zugeben!)

In Wahrheit – das haben sie nun schriftlich – bieten sie kaum mehr als eine propagandistische Luftnummer.

(Alexander König (CSU): Sie müssen den Bericht genau lesen! Es steht ein bisschen anders darin!)

Bayern sei wie alle anderen weit von einem ausgeglichenen Haushalt entfernt und könne nur dank immenser Rücklagen sein Gesicht einigermaßen wahren. Wenn Fi-

nanzminister Söder dafür auch noch gelobt werden wolle – hier im Plenum war sein Wunsch, gelobt zu werden, ja deutlich zu erkennen -, so sei das witzig, sagen die "Nürnberger Nachrichten". - Das stimmt. Das ist witzig und widerspricht auch völlig dem, was er hier vorgelegt hat. – Seriöse Politik gehe dann doch anders, urteilen die "Nürnberger Nachrichten". Ich kann mich dem nur anschließen. Seriöse Finanzpolitik schaut in diesem Freistaat wirklich anders aus als das, was Sie hier praktiziert haben.

(Beifall bei der SPD - Alexander König (CSU): Das glaubt kein Mensch außer Ihnen!)

Sie können das Thema Landesbank nicht mehr hören. Das mag ja sein. Aber der bayerische Steuerzahler zahlt sowohl 2013 als auch 2014 jeweils 350 Millionen Euro Zinsen nur für Ihre Fehler bei der Bayerischen Landesbank. Das ist die Wahrheit und der Grund dafür, dass wir beim Haushalt große Probleme bekommen.

Ich setze noch einen drauf: Wir bekennen uns klar zur finanzpolitischen Solidität und sind auch bereit, über die Finanzierung dieses Bildungsfinanzierungsgesetzes auf Dauer zu sprechen und darüber, wie wir diese absichern können. Aber wir erwarten, dass nicht leere Versprechungen und Propaganda die Diskussion bestimmen, sondern Substanz, Ehrlichkeit und Beständigkeit.

(Franz Maget (SPD): Das wäre einmal eine gute Idee: Beständigkeit!)

Wir sagen: Sie machen mit diesem Gesetzentwurf inhaltlich richtige Politik, weil Sie – ich habe dazu viel gesagt – unsere Forderungen aufgreifen, mehr in Bildung, mehr in Betreuung und mehr in die Infrastruktur zu investieren. Aber es braucht dafür eine bessere Finanzierungsgrundlage. Allein Ihre Fehler bei der bayerischen Steuerverwaltung füllen mittlerweile beim Obersten Rechnungshof schon Bände. Sie haben bei der Personalausstattung der Steuerverwaltung viele Fehler gemacht. Bayern ist nach wie vor Schlusslicht bei der Personalausstattung. Ein radikales, konsequentes Umsteuern ist hier nötig.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie hier mit uns gehen, dann können wir das auch langfristig solide finanzieren. Ich sage Ihnen eines, Herr Finanzminister – dazu sollten Sie bei aller Weltläufigkeit auch einmal etwas sagen -: 600 Millionen Euro von den Einnahmen, über die Sie hier verfügen und die zur Gesamtfinanzierung beitragen, haben Sie allein der SPD zu verdanken, und zwar durch die Konsequenz in der Bekämpfung der Steuerhinterziehung, durch den Ankauf von Steuer-CDs und die dadurch verursachten Selbstanzeigen.

(Beifall bei der SPD)

Über dieses Geld könnten Sie ohne den von uns geleisteten Beitrag nicht verfügen. Dafür erwarte ich Dank und nicht Kritik am nordrhein-westfälischen Finanzminister.

(Harald Güller (SPD): Steuerhinterziehung ist ja für die CSU ein Kavaliersdelikt! - Alexander König (CSU): Das ist völliger Unsinn, Kollege Güller! Sie müssen sich einmal ein bisschen zusammenreißen! Das ist "Wahlkrampf", was hier geboten wird! - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Abschließend stellen wir die spannende Frage: Wer zahlt letztendlich die Zeche, wenn wir nicht zu Verbesserungen im Haushalt kommen? Ich spreche die Haushaltssperren an, die auch für den Bildungsbereich schon vorgesehen sind. Das sind 600 Millionen Euro. Sie wollen um weitere 200 Millionen Euro kürzen. Wir erwarten von Ihnen eine klare Antwort auf die Frage, wer die Zeche für diesen Koalitionspoker zahlen soll. Welche Projekte und Maßnahmen fallen diesem Kompromiss zum Opfer? Schenken Sie der bayerischen Bevölkerung reinen Wein ein. Das kann man von Ihnen erwarten. Dann werden wir auch konstruktiv über dieses Gesetz beraten. Viele unserer Punkte wurden von Ihnen übernommen. Darüber freuen wir uns. Aber die Finanzierung wird uns noch beschäftigen. – Danke schön.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Danke schön, Herr Kollege. Als Nächste hat Frau Kollegin Kerstin Schreyer-Stäblein von der CSU das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

**Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU):** Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich dachte, ich gehe nach der Rede des Herrn Ministers Dr. Söder ganz entspannt ans Mikrofon, wünsche frohe Ostern und denke mir, er hat alles gesagt. Aber gerade habe ich eine spannende Rede des Herrn Halbleib gehört, die mit dem, was der Minister gesagt hat, überhaupt nichts zu tun hat. Insofern fand sich sie wirklich spannend.

(Lachen bei der SPD und den GRÜNEN - Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Herrn Halbleibs Rede hatte insofern nichts mit der Rede von Herrn Minister Dr. Söder zu tun – Herr Halbleib, hören Sie mir doch zu, dann verstehen Sie mich, und es wird vielleicht einfacher -, weil Sie auf der einen Seite dargestellt haben, dass Sie sehr viele Anträge gestellt haben. Diese Anträge seien wichtig, seien aber abgelehnt worden. Diese Anträge sind jetzt alle in dem Gesetz verwirklicht. Auf der anderen Seite sagen Sie: Finanzierbar ist das nicht. Sie müssen sich entscheiden. Entweder sind Sie mit dem Inhalt glücklich und zufrieden; dann sind wir jetzt gemeinsam der Auffassung, dass das Gesetz richtig ist, und werden geschlossen zustimmen; oder Sie sagen: Es geht nicht. Dann haben Sie durchaus das Recht, so zu argumentieren. Sie dürfen dann aber nicht sagen, Sie hätten Ihre Anträge gestellt und wollten deren Inhalte verwirklicht sehen. Sie müssen sich irgendwann entscheiden.

(Volkmar Halbleib (SPD): Hätten Sie meiner Rede zugehört, dann würden Sie so etwas nicht erzählen!)

- Ich habe Ihnen gut zugehört; deswegen musste ich auch nicht hineinbrüllen. Sie haben jetzt die Möglichkeit, mir zuzuhören und alle Varianten zu nützen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Ein Zwischenruf ist schon noch etwas Parlamentarisches, Frau Kollegin!)

Wie Sie wissen, haben wir bewusst entschieden, dass wir nicht nur die Studiengebühren abschaffen, sondern dass wir uns auch um die anderen Fragen kümmern. Denn es geht auch um die Frage, was wir in den Bereichen der beruflichen Bildung und der Pflege unternehmen. Wir haben ein Gesamtpaket geschnürt. Ehrlich gesagt kann ich niemanden verstehen, der dieses Gesamtpaket infrage stellt, weil es wirklich sehr gut ist. Das hat nichts mit Koalitionspoker zu tun, sondern es geht darum, miteinander zu reden und eine Entwicklung voranzubringen. Das braucht nun einmal etwas Zeit. Es nützt nichts, wenn wir uns nur mit den Universitäten beschäftigen, sondern es geht auch darum, für die Meister Nachjustierungen vorzunehmen. Deswegen bin ich sehr froh, dass wir hier zu einer sehr guten Lösung gekommen sind.

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der FDP)

Das vorliegende Bildungsfinanzierungsgesetz vergrößert die bereits vorhandene Qualität unseres Bildungssystems. Es erhöht den Faktor Gerechtigkeit sowohl bei den Studierenden als auch hinsichtlich des Meister- und Pflegebonus. Sie haben gehört und gelesen, dass dafür sehr viel Geld investiert wird. Dieses Geld wird richtig investiert.

Genauso investieren wir im Bereich der Kindergärten und der frühkindlichen Bildung, sei es beim Übergang vom Kindergarten zur Grundschule, sei es dadurch, dass wir mehr Lehrkräfte in den Grundschulen einsetzen und sie damit beauftragen, den sprachlichen Bereich zu fördern. Darin sind wir uns, denke ich, alle einig: dass der sprachliche Bereich intensiver unterstützt werden muss; denn nur dann haben die Kinder eine Chance.

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der FDP)

Wir werden zum 1. September den sogenannten Meisterbonus einführen. Darin besteht eine logische Schlussfolgerung. Denn es gibt viele Menschen, die lebenslanges

berufliches Lernen sehr ernst nehmen und sich im Handwerk, im Mittelstand, in der Wirtschaft immer weiterbilden wollen. Dem Wunsch dieser Menschen muss ich Rechnung tragen, indem nicht ausschließlich Studenten, sondern beide Gruppen berücksichtigt werden. Das tun wir hiermit ausgesprochen gut.

Wir stellen uns der Entwicklung, über die wir in allen Ausschüssen diskutiert haben: dass wir auf einen Erziehermangel zusteuern, dass wir im Bereich der Altenpflege mit Fragestellungen zu tun haben werden, die auch eine weite Perspektive aufweisen. Wir werden hinsichtlich des Schulgeldes Unterstützung leisten, wenn eine Schule nicht selbst zusätzlich Geld erhebt. Das ist durchaus logisch. Wir müssen den Schülern die Unterstützung zuführen, und dafür sorgen wir auch.

Daneben gibt es – das wissen Sie genauso gut wie ich – die Qualitätsoffensive für die Volksschule und die Grundschule. Das ist auch richtig. Um eine Zahl zu nennen: Allein 125 Millionen Euro fließen genau in diesen Bereich. Die Sprachförderung habe ich gerade angesprochen. Wir müssen auch immer mehr Grundschullehrkräfte mit Kindergärten vernetzen. Grundschullehrer sollen in Kindergärten die Möglichkeit haben, die Kinder fit zu machen. Hier wird schon sehr viel unternommen. Wir setzen uns jetzt zusätzlich dafür ein.

Ein aus meiner Sicht ganz wichtiger Punkt betrifft die Ganztagschule. Im Bildungsausschuss haben wir oft darüber diskutiert, wie wir Ganztagschulen unterstützen sollen. Wir investieren hier Geld, um externe Fachkräfte herbeizuziehen. Eigentlich müsste da Jubel bei allen Fraktionen ausbrechen; denn genau das wollten wir: dass wir für Ganztagschulen qualitativ hochwertige Maßnahmen ergreifen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Dieses Gesetz zeigt, dass wir uns weiterentwickeln. Wir haben ein gutes Bildungssystem. Wir optimieren es noch weiter. Bildungspolitik ist nie fertig. Deswegen sind wir immer bereit, hierfür weiter zu investieren. Dieses Bildungsfinanzierungsgesetz ist gerecht, es ist richtungweisend, und ich hoffe darauf, dass jeder bei der Abstimmung in

sich geht und wir alle geschlossen zustimmen; denn es stellt ein Rundumpaket dar, durch das wir im Bereich der Bildung sehr viel Gutes bewirken.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Vielen Dank, Frau Kollegin. Der nächste Redner ist Herr Kollege Pointner für die FREIEN WÄHLER. Ihm folgt Frau Kollegin Stamm. Bitte schön, Herr Pointner.

**Mannfred Pointner (FREIE WÄHLER):** Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das heute eingebrachte Haushaltsänderungsgesetz oder Bildungsfinanzierungsgesetz könnte uns FREIE WÄHLER, aber auch die Kollegen von den anderen Oppositionsparteien auf den ersten Blick stolz und zufrieden machen - stolz deswegen, weil diese Änderungen im Haushaltsgesetz durch unser erfolgreiches Volksbegehren – ich schließe ausdrücklich die Kollegen von den GRÜNEN und von der SPD mit ein – veranlasst wurden. Es ist schon gesagt worden: Ohne unser Volksbegehren wären die Vorschläge nicht gemacht worden, die der Bildung zugutekommen. Das muss man einfach festhalten, und das müssen Sie auch einmal zugeben.

Zufrieden sind wir, weil das Änderungsgesetz vieles enthält, was von uns FREIEN WÄHLERN gefordert und angeschoben wurde, aber bisher von den Regierungsfraktionen bei den Haushaltsberatungen oder hier im Plenum abgelehnt wurde. Ich kann mich daran erinnern, wie dies begründet wurde, zum Beispiel mit dem Argument, es gebe keine Gegenfinanzierung, oder dafür sei kein Geld da. Die einfachste Begründung lautete immer: Das braucht's nicht. So war es.

(Georg Schmid (CSU): Das haben wir nie gesagt!)

- Doch, ich kann Ihnen das Protokoll zeigen.

(Zuruf des Abgeordneten Georg Schmid (CSU))

Wenn Sie kein Argument mehr hatten, dann hieß es, Herr Kollege Schmid: Das braucht's nicht.

Jetzt stellen wir fest, dass die einzige Gegenfinanzierung für die von Ihnen vorgebrachten Änderungen in der Entnahme aus der Rücklage besteht. Das ist grundsätzlich nicht verwerflich. Eine Rücklage ist dafür da, dass sie verwendet wird, wenn sie gebraucht wird. Diese Rücklage gab es aber auch schon in den Zeiten, als wir unsere Anträge gestellt und unsere Forderungen erhoben haben; sie war damals teilweise größer.

Ich möchte nur einen kurzen Blick auf unsere Anträge werfen und erwähnen, wann sie gestellt wurden. Der Meisterbonus wurde am 13. Dezember 2012 von uns beantragt. Er wurde natürlich abgelehnt. Die Verbesserung der Qualität der frühkindlichen Bildung wurde von uns erstmals im Mai 2010 gefordert; später wurde sie von uns bei der Änderung des BayKiBiG gefordert. Natürlich wurde die Forderung immer abgelehnt. Die Kompensation der Studiengebühren wurde von uns erstmals am 1. März 2011 gefordert und auch immer wieder abgelehnt. Die Kostenfreiheit der Altenpflegeschulen, ein Thema, das x-mal behandelt wurde, wurde von uns schon im September 2010 gefordert. Eine bessere Finanzierung der Privatschulen und Sportstätten haben wir 2011 gefordert, letztmals dann am 24. Oktober 2012 bei der Beratung über den Haushalt 2013/2014. Der Ausbau der Ganztagschulen wurde von uns erstmals im Februar 2012 gefordert. Die Forderungen wurden immer mit der Begründung, es sei kein Geld da usw., abgelehnt.

Ein Blick zurück zeigt: Die Rücklage betrug 2007 3,6 Milliarden Euro, Ende 2012 betrug sie 3,7 Milliarden Euro. Jetzt tun Sie so und handeln so, als könnten Sie das alles ohne Weiteres finanzieren, und zwar locker, und zusätzlich noch 480 Millionen Euro tilgen. Herr Finanzminister, diese Tilgung ist meines Erachtens auf jeden Fall dem Wahlkampf geschuldet. Sie nehmen sie nur deshalb vor, weil eine Milliarde besser klingt als 520 Millionen. Dafür haben Sie die 480 Millionen Euro verwendet, die in der Rücklage vorhanden waren.

Ich werfe einen Blick auf unsere Schulden. Wie schon gesagt wurde, wurde in Ihrer Regierungszeit die Verschuldung wegen der Landesbankrettung um 10 Milliarden Euro erhöht. Eine Rückführung dieser Schulden ist nicht absehbar. Dafür gibt es keinen Plan, kein Konzept. Insgesamt sind wir mit 29 Milliarden Euro verschuldet; strukturell sind es 32 Milliarden Euro. Selbst wenn man diese Zahlen außen vor lässt, insbesondere die 10 Milliarden Euro wegen der Landesbankrettung, haben sich die Finanzen des Freistaates trotz der höchsten Steuereinnahmen aller Zeiten nicht nachhaltig verbessert. Darauf hat insbesondere der Rechnungshof hingewiesen. Sie haben ja nur einen kleinen Teil der Anmerkungen des Rechnungshofes genannt, den Teil, der positiv geklungen hat, aber das Negative nicht erwähnt. Darüber gibt es eine ganze Seite, die ich jetzt nicht vorlesen möchte.

Zwar tilgt die Staatsregierung 2012 bis 2014 insgesamt 2,5 Milliarden Euro, aber im gleichen Umfang verringert sich die Rücklage. 2007 betrug sie 3,6 Milliarden Euro, am Ende des Jahres 2012 betrug sie 3,7 Milliarden Euro. Sie haben gesagt, sie verringert sich auf 1,3 Milliarden Euro. Wir haben mit einer knappen Milliarde gerechnet. Das kann man jetzt dahingestellt sein lassen. Das heißt schlicht und einfach, die Schuldentilgung wird aus der Rücklage geleistet. Die Rücklage wird am Ende des Jahres 2014 entsprechend, eben um eine Milliarde weniger sein.

Eines ist mir bei Ihrer Rede, Herr Minister, eingefallen. Beim Haushalt 2009/2010 – das ist vor gut vier Jahren gewesen – haben die Rücklagen ungefähr vier Milliarden Euro betragen. Ich habe damals gesagt: Warum können wir nicht einen Teil dieser Rücklagen für die Schuldentilgung verwenden? Das Geld liegt bloß auf der Bank und bringt nichts. - Das ist von der rechten Seite des Hauses pauschal abgelehnt worden, das gehe überhaupt nicht, wir bräuchten das Geld zur Vorsorge usw. Nachträglich betrachtet war das auch richtig, weil wir die Haushalte damit teilweise haben ausgleichen können.

Jetzt sind wir aber in der gleichen Situation. Wir wissen nicht, was die nächsten Jahre bringen. Wenn Sie die Rücklage so weit zurückführen, dann bestehen keine Spielräu-

me mehr. Wir haben keine Sicherheit, dass die Konjunktur so bleibt, wie sie ist. Wir hoffen es alle. Zypern ist vielleicht nicht so das Problem, aber es könnten andere auftreten. Es könnten konjunkturelle Probleme kommen. Das ist damals auch genannt worden. Man hat nicht genau gewusst, was die Finanzkrise bringt. Wenn Probleme auftreten, haben wir keine Spielräume mehr. Dann bleibt nur ein striktes Sparprogramm. Dann muss man das, was man jetzt groß beschließt, wieder zurücknehmen oder neue Schulden machen. Aber neue Schulden aufzunehmen, ist schon allein wegen der Schuldenbremse nur im Ausnahmefall möglich. Es werden also nur Schwierigkeiten geschaffen. Wenn in der nächsten Periode eine neue Regierung kommt, dann wird sie sich mit den Problemen mehr oder weniger herumschlagen müssen.

Das Nächste sind die Pensionslasten. Diese sollen durch die Schuldentilgung und durch die Zinsen, die dadurch eingespart werden, finanziert werden. Dann stehen wir unter dem Zwang, diese Schuldentilgung laufend durchzuführen, sonst passt das nicht mehr. Das können wir natürlich auch nicht, wenn die Gelder anderweitig gebraucht werden, weil keine Rücklage da ist.

In dieser Situation ist es mehr als notwendig, dass der Staat das Geld, das ihm zu- steht, hereinholt. Der ORH hat zum x-ten Male gefordert, dass die Finanzbehörden personell endlich vernünftig ausgestattet werden, um die Gelder hereinzuholen. Es passiert aber nur stückchenweise, scheinbar etwas. Uns gehen jedes Jahr dreistellige Millionenbeträge, wenn ich den Länderfinanzausgleich einbeziehe, verloren.

Der Länderfinanzausgleich ist von Ihnen angesprochen worden, Herr Minister. Er wurde von Ihnen im Jahr 2001 ausgehandelt. Sie waren maßgeblich an diesem schlechten Flächenfinanzausgleich beteiligt, der Bayern so belastet, auch wenn Sie sagen, das habe sich erst im Laufe der Zeit so ergeben. Mich irritiert, dass Sie vor einigen Wochen zwar gesagt haben, dass die Klage eingereicht wird, dass sie aber immer noch nicht eingereicht ist. Woran liegt das?

(Georg Schmid (CSU): Kommt schon, keine Sorge! Kommt schneller, als Sie denken!)

Seit zwei Jahren reden wir darüber, zwei Jahre Vorbereitungszeit, und es passiert nichts. Es dauert dann jahrelang bis zum Gerichtsbeschluss, und das Gericht wird sagen: Ihr müsst neu verhandeln. 2019 läuft der Länderfinanzausgleich sowieso aus.

Ich möchte ein drittes Feld ansprechen, das sicher auch Geld bringt. Der Freistaat hat auf eine Menge Geld verzichtet, indem er der Flughafen GmbH faktisch ein zinsloses Darlehen gegeben hat. Es ist zwar Zins bezahlt worden, aber bei Weitem nicht das, was angefallen wäre, wenn es ein normales Darlehen gewesen wäre. Das geht in die Milliarden. Nachdem der Flughafen jetzt Gewinne macht und die dritte Startbahn aufgrund des Bürgerentscheids in München sowieso nicht kommt, besteht durchaus die Gelegenheit für eine Gewinnausschüttung, um wenigstens zu einem geringen Ausgleich dessen zu kommen, was die Flughafengesellschaft an Vorteil hat.

(Zuruf des Abgeordneten Eberhard Sinner (CSU))

Wir brauchen das Geld und sollten alles tun, damit es hereingeholt wird.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Vielen Dank, Herr Kollege Pointner. Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Claudia Stamm.

**Claudia Stamm (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kollegen und Kolleginnen! Zunächst ein ganz herzliches Dankeschön an den Finanzminister, sein Haus und Schwarz-Gelb. Sie haben sich mächtig ins Zeug gelegt, damit meine Prognose vom Dezember genau stimmt, dass wir nämlich einen Nachtragshaushalt jetzt genau zur Osterzeit bekommen.

Ein Zitat aus meiner Rede bei der Beratung der Zweiten Lesung des Haushalts vom Dezember 2012:

Wie es aussieht, gibt es im Jahr 2013, also im Wahljahr, noch einen verfrühten Nachtragshaushalt. In diesem Nachtragshaushalt werden Sie die Studiengebühren abschaffen und sie aus dem Haushalt kompensieren. Dieser verfrühte Nachtragshaushalt wird sicher im Wahljahr kommen. Dann werden ein paar Osterhasen durch die Gegend hoppeln, wie damals im Dezember die Weihnachtsmänner durch die Gegend gelaufen sind, landauf, landab mit Geschenken unterm Arm durch die Lande gezogen sind – der Hauptosterhase aus Nürnberg und ansonsten die Osterhasen aus der Gegend.

So weit ein Auszug aus der Rede im Dezember, sprich, vor drei Monaten. Ihr Doppelhaushalt hat nicht einmal drei Monate gehalten.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Weil Sie in diesem Wahljahr unbedingt alles dafür tun, um die Wahl zu gewinnen, versuchen Sie, einfach alle Widerstände, die in der Gegend rumliegen, vorher einzukassieren. Aber mit dem Nachtragshaushalt, den wir heute beraten – und es ist nichts anderes als ein Nachtragshaushalt –, ist das Minus noch größer geworden. Im Jahr 2013 beläuft sich das Defizit auf 1,9 Milliarden Euro. Selbst wenn man abzieht, was uns Schwarz-Gelb als "Schuldentilgung" verkauft – Schuldentilgung in ganz großen Anführungszeichen, denn es sind Kreditermächtigungen, die Sie einfach zurückgeben, nichts anderes ist es –, bleibt ein Finanzierungssaldo von 930 Millionen Euro. 2014 ist der Finanzierungssaldo gut 580 Millionen Euro.

Seit gestern haben Sie es auch noch mal ganz klar und deutlich vom Bayerischen Obersten Rechnungshof bescheinigt bekommen: Bayern gibt definitiv mehr aus, als es einnimmt. Schulden abbauen kann man mit so einer Politik nicht. Hinzu kommen noch Ihre Steuervorschläge; auch hier wieder einmal ein neues Wording. Aber neue Worte machen noch keine vernünftige Politik. Sie sprechen neuerdings statt vom "Abbau der kalten Progression" vom "Fleißbonus". Es handelt sich hier aber nicht um Fleißbild-

chen, die eine Lehrerin verteilt, sondern es geht um den Raubbau an den Einnahmen der öffentlichen Hand.

Der bayerische Finanzminister hat noch mehr solcher Ideen, um die Einnahmen des Staates zu schmälern. Allein die Vorschläge zur Einkommen- und Erbschaftsteuer würden den Freistaat Bayern jährlich eine Milliarde Euro kosten. Eine Milliarde Euro hätte Bayern jährlich weniger an Einnahmen, wenn man auf Ihre Steuervorschläge hören würde. Gegenfinanzierung? Fehlanzeige, "null Komma null" Vorschläge zur Gegenfinanzierung. Wenn alles umgesetzt würde, was ein Finanzminister Söder fordert, würde Bayern spätestens 2014 in die roten Zahlen rutschen. Zum Glück nimmt man in Berlin die CSU in Steuerfragen kein bisschen ernst. Bundespolitisch kommt die CSU in Steuerfragen nicht vor. Deshalb muss sie auch das Betreuungsgeld so wahnsinnig als ihren Erfolg verkaufen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf von der CSU: Das sitzt tief!)

Herr Kollege Klein, wenn Sie so herzlich hinter vorgehaltener Hand lachen, dann muss ich auch lachen.

Bei Ihnen heißt es immer: Bayern ist Oase der Stabilität und Dynamik in Europa. Was für ein Quatsch! Stabilität ist das Gegenteil von Dynamik. Bayern ist also stabil und gleichzeitig das Gegenteil? Wie soll das funktionieren? Oasen können und sollten auch nicht dynamisch sein, sonst sind sie nämlich schnell ausgetrocknet.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ja, und der Länderfinanzausgleich - fällt Ihnen nichts Neues ein? Es ist immer die gleiche alte Leier. Ja, der Länderfinanzausgleich ist bescheuert. Darin stimmen wir völlig überein. Wir alle hier fühlen uns als Bayern, als Bayerinnen, als Franken und Fränkinnen. Aber darum geht es nicht. Es geht um etwas ganz anderes. Bevor ich klage, verhandle ich, und bevor ich verhandle, brauche ich ein Konzept.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Mit diesem Konzept gehe ich zu meinen Verhandlungspartnern und -partnerinnen und verhandle, und das auf Augenhöhe. Das ist aber überhaupt nicht passiert. Sie haben noch nicht einmal ansatzweise mit den anderen Bundesländern verhandelt.

(Beifall bei den GRÜNEN - Thomas Hacker (FDP): Zwei Jahre lang wurde verhandelt! Der Ministerpräsident verhandelt immer noch! - Unruhe bei der CSU)

Einmal mehr sage ich in diesem Hohen Haus: Unsere Aufgabe ist es, zu gestalten. Unsere Aufgabe ist es eben nicht, Gerichtsurteile auszuführen. Wir sind diejenigen, die gestalten sollten, nicht das Gericht.

(Zuruf des Abgeordneten Peter Winter (CSU) - Gegenruf der Abgeordneten Christine Stahl (GRÜNE))

Ganz abgesehen davon, Herr Kollege Pointner hat es gerade erwähnt: Sie kündigen diese Klage seit Jahren an, aber bisher ist sie noch nicht einmal eingereicht. Das ist also nichts anderes als Säbelrasseln.

Zurück zum Nachtragshaushalt. Nach drei Monaten müssen Sie den Haushalt wieder aufmachen, den Sie eigentlich für zwei Jahre geschnürt haben. In Bayern haben wir Doppelhaushalte. Die Begründung des Nachtragshaushaltes ist allerdings ein regelrechter Witz. Dort heißt es: "Die Bildungsfinanzierung in Bayern wird umstrukturiert. Wesentlicher Bestandteil ist der Wegfall der Studienbeitragserhebung aufgrund des Volksbegehrens ...". Das ist doch ein Witz! Aufgrund eines Volksbegehrens muss man nichts ändern. Das ist doch keine Grundlage. Außerdem hätten Sie besser auf die Opposition gehört, und das nicht erst beim letzten Doppelhaushalt, der eigentlich für zwei Jahre Gültigkeit haben sollte, dann hätten Sie diesen irregulären, verfrühten Nachtragshaushalt nämlich gar nicht erst gebraucht.

(Georg Schmid (CSU): Der Haushalt ist in Ordnung! - Thomas Hacker (FDP): Das heißt, Sie wollen den Studenten kein Geld geben!)

Den verfrühten Nachtragshaushalt hätte es nicht gebraucht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Hier noch eine kleine Anmerkung, denn ich nenne die Dinge immer gern beim Namen. Das ist kein Bildungsfinanzierungsgesetz, sondern das ist ein verfrühter Nachtragshaushalt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich habe mich gefragt, ob Sie mit dieser neuen Wortschöpfung eine Agentur beauftragt haben oder wer auf diesen kreativen Namen gekommen ist.

(Georg Schmid (CSU): Wir sind selbst so klug! Wir brauchen keine Agentur!)

Das hat auch ganz gut funktioniert, der Begriff ist landauf, landab übernommen worden. Es ist aber einfach ein Nachtragshaushalt, den wir hier beraten, nichts anderes.

(Zuruf von der CSU)

- Die Staatskanzlei ist ganz kreativ, das habe ich schon einmal gehört. Aber das ist ein irregulärer, viel zu früher und vor allem völlig unnötiger Nachtragshaushalt. Mit meiner Prophezeiung, dass der Nachtragshaushalt zu Ostern kommt, habe ich eine richtige Punktlandung hingelegt. In einem anderen Punkt habe ich mich allerdings geirrt. Ich war nämlich fest davon überzeugt, dass Sie auch noch etwas Geld in die Energiewende und in den Klimaschutz stecken würden. Da besteht nämlich auch von den Kommunen so viel Druck, dass es so nicht weitergeht. Wenn es aber so weitergeht, wie Sie das derzeit machen, dann fahren Sie die Energiewende an die Wand. Ich war mir deshalb sicher, dass Sie auch hierfür noch etwas Geld in die Hand nehmen und investieren werden. Aber: Fehlanzeige.

(Unruhe bei der CSU)

Genauso war es bei einem anderen großen Projekt, das gestartet werden muss, nämlich bei der Inklusion. Eigentlich steht aufgrund des internationalen Rechts ein Paradigmenwechsel an. Sie haben aber noch nicht einmal die Kürzungen bei der Behin-

dertenhilfe zurückgenommen. Das ist allerdings kein Wunder bei einer Sozialministerin, die Soziales so versteht, wie sie es tut. Aber dazu möchte ich gar nicht mehr sagen; denn dazu gibt es heute noch weitere Debatten in diesem Hause. Zu beiden Bereichen, also zur Energiewende und zur Inklusion, werden wir Anträge stellen. Es werden ähnliche Anträge sein wie die, die wir schon zum Stammhaushalt gestellt haben, der eigentlich zwei Jahre gelten sollte. Wir kennen nämlich den Kurs unserer Politik. Wir wissen auch, wie wir gestalten.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zuruf des Abgeordneten Eberhard Sinner (CSU))

Bei der Haushaltspolitik geht es eben gerade nicht darum, mit dem Füllhorn übers Land zu ziehen und einfach Wohltaten zu verteilen.

(Thomas Hacker (FDP): Deshalb tilgen wir Schulden!)

Sie machen doch nur den verzweifelten Versuch, alles zu tun, damit die CSU wieder die absolute Mehrheit in Bayern bekommt. Das alles tun Sie auf Kosten einer soliden Haushaltsführung.

(Unruhe bei der CSU und der FDP)

Genau deswegen werden wir zu diesem Nachtragshaushalt unsere Vorschläge einbringen. Wir werden die Anträge stellen, die wir immer stellen, um auch eine Gegenfinanzierung zu haben und um Umstrukturierungen vorzunehmen.

(Zuruf des Abgeordneten Georg Schmid (CSU))

- Herr Kollege Schmid, darf ich jetzt reden? Sie können sich später gern zu Wort melden, wenn Sie dann noch Zeit haben.

(Georg Schmid (CSU): Das ist so ein Unsinn, das ist furchtbar, da kann ich nicht zuhören!)

- Ich würde gerne weiterreden. Vielleicht kann der Präsident auch einmal etwas sagen. Wir werden unsere Vorschläge wieder machen, wir werden unsere Anträge einbringen, die wieder nicht angenommen werden. Da, wo wir Geld einsparen, da, wo wir umstrukturieren, all das wird von Ihnen auch immer abgelehnt. Wir sagen, in der Haushaltspolitik müssen klare Prioritäten gesetzt werden. Wir werden deshalb wieder unsere Anträge im Bereich frühkindliche Bildung stellen. Denn hier zäumen Sie das Pferd wieder einmal von hinten auf: Sie reduzieren zwar die Beiträge. Erst muss aber doch ganz klar die Qualität geregelt werden. Wenn man schon eine Beitragsreduzierung oder eine Beitragsfreiheit will, dann doch nicht im letzten oder im vorletzten Jahr, sondern die muss für die Kinderkrippe sein. Die ist wirklich teuer. Da oder zumindest im ersten Kindergartenjahr brauchen die Eltern eine Entlastung. Sie haben also wieder das Pferd von hinten aufgezäumt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Frau Kollegin, ich helfe Ihnen gerne. Ich glaube aber, Sie werden mit den Kollegen selber fertig.

**Claudia Stamm (GRÜNE):** Ich fände es angenehm, weil man sonst wirklich sehr laut werden muss. Ich nehme deshalb gerne die Hilfe eines Vizepräsidenten an.

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Gut, wenn Sie meine Hilfe wollen, biete ich Ihnen die gerne an. Ich bitte also herzlich darum, dass Sie Frau Kollegin Stamm reden lassen. Bitte schön.

(Georg Schmid (CSU): Ich habe doch gar nichts gesagt!)

- Dann ist es ja gut. Bitte schön.

**Claudia Stamm (GRÜNE):** Danke. Also, was Sie mit dem Nachtragshaushalt machen, das haben schon meine zwei Kollegen von der SPD und den FREIEN WÄHLERN aufgezeigt: Sie plündern die Rücklagen und gehen das große Problem der versteckten Verschuldung trotzdem nicht an. Dabei sind das dreistellige Milliardenbeträge in Bay-

ern. Natürlich ist es schöner und öffentlichkeitswirksamer und vor allem netter, sogenannte Schulden zu tilgen, als das schwierige Problem der verdeckten Verschuldung anzugehen. Das wäre aber echte Generationengerechtigkeit, wenn Sie da endlich einmal rangehen würden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mit diesem Nachtragshaushalt aber wächst das Volumen des Haushalts so rasant, dass das gar nicht durchzuhalten ist. Mit dem Nachtragshaushalt steigt das Volumen gegenüber 2012 auf knapp drei Milliarden Euro. Gerade wurde vom Herrn Minister Söder das Sprichwort zitiert: Was du heute kannst besorgen, das verschiebe nicht auf morgen. Ich würde eher sagen: Was du vor der Wahl ausgeben kannst, das verschiebe nicht auf die Zeit danach. – So sollte das wohl heißen.

(Unruhe bei der CSU)

Ich habe mich schon gefragt, ob Sie Ihr Schauspiel mit dem "stimmt" und "stimmt nicht" wohl gerade in Ihrer Fraktionssitzung eingeübt haben, die Sie vor der Plenarsitzung hatten. Oder haben Sie das dort gemacht, wo es eigentlich hingehört, nämlich im Bierzelt?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine nächste Prognose, und mit der liege ich sicher wieder genauso richtig,

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

betrifft die Geschenke zu Ostern. Nach der Wahl wird es Grausamkeiten geben. Wenn Sie etwa vier Jahre Zeit haben, um sie wieder einzuholen und sie wieder wegzuräumen, dann werden die Grausamkeiten von Schwarz-Gelb kommen,

(Zurufe von CSU und FDP)

wenn Sie es überhaupt schaffen, wieder an die Regierung zu kommen. Ich glaube nämlich, in Bayern erkennen die Menschen langsam Ihre unsolide Haushaltsführung, wie Sie die Rücklagen plündern, und wie Sie einfach nur auf Kosten - -

(Beifall bei den GRÜNEN - Thomas Hacker (FDP): Schauen Sie doch auf Baden-Württemberg, wo neue Schulden aufgenommen werden, und zwar unter grüner Verantwortung!)

Ihre Ausgabenpolitik ohne Umstrukturierung und ohne Prioritätensetzung, diese unsolide Haushaltspolitik kann man von der Einnahmenseite her überhaupt nicht durchhalten. Eine Finanzierung ist nicht machbar, so wie Sie mit dem Geld um sich werfen. Fazit: Ihr hier vorgelegter Nachtragshaushalt, keine drei Monate, nachdem der Doppelhaushalt verabschiedet wurde, zeigt, wie Sie in Bayern Politik machen.

(Zuruf des Abgeordneten Peter Winter (CSU))

Sie sind getrieben von außen, getrieben von den Wahlterminen. Politik machen heißt aber gestalten, und Politik machen heißt auch gestalten wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zurufe des Abgeordneten Peter Winter (CSU))

Zum Schluss noch einmal ein herzliches Dankeschön dafür, dass Sie mit Ihrem hektischen Tun meinen Prognosen aus dem Dezember so genau entsprechen. In diesem Jahr gibt es üppige Ostergeschenke, dass ich mich fast fragen muss, ob sie vielleicht üppiger als die Weihnachtsgeschenke ausfallen. Es ist schon erstaunlich, was hier geschieht. Mit einem soliden Haushalt, mit dem Setzen von Prioritäten und mit Politikern, die den Anspruch haben, etwas zu gestalten, hat das alles allerdings nichts mehr zu tun.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD - Unruhe bei der CSU und der FDP)

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Der nächste Redner ist Herr Kollege Klein, der sich schon auf den Weg macht. Dann gibt es eine kleine Änderung in der Reihenfolge. Herr Dr. Piazzolo ist dann der Nächste. Bitte schön, Herr Kollege Klein.

**Karsten Klein (FDP):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Koalition ist sich darin einig, dass die finanzpolitische Solidität des Freistaats oberste Priorität hat. Alle getroffenen Maßnahmen ordnen sich diesem Prinzip unter. Das ist das Leitprinzip dieser Koalition, und das ist auch das Leitprinzip, unter dem dieser Nachtragshaushalt auf den Weg gebracht wurde.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nach allem, was ich gehört habe, möchte ich am Anfang eines ganz deutlich sagen: Als Freier Demokrat bin ich froh darüber, dass wir es in unserer Regierungszeit geschafft haben, die Tilgung der Altschulden des Freistaates Bayern auf den Weg zu bringen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Da sind aber ziemlich viele neue Schulden dabei!)

Wir haben den Anstoß zu einer Schuldentilgung gegeben, die in Deutschland beispiellos ist. Richtig ist, dass wir mit diesem Nachtrag zusätzlich 480 Millionen Euro Schulden tilgen. Darüber hinaus haben wir einen Baustein zur Abfinanzierung bestehender Verpflichtungen in Höhe von 150 Millionen Euro auf den Weg gebracht.

Ich darf das zusammenfassen: 2012 wurde eine Milliarde Euro getilgt, 2013 werden wir noch eine Milliarde Euro tilgen, für 2014 ist geplant, 540 Millionen Euro zu tilgen; das macht in summa 2,54 Milliarden Euro Tilgung. Das sind über 11 % der Schulden. Das ist Spitze in Deutschland.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Ein weiteres Merkmal dieses Nachtragshaushalts ist die komplette Kompensation der Studienbeiträge in Höhe von circa 219 Millionen Euro. Wir investieren 52 Millionen

Euro in die berufliche Bildung, in die frühkindliche Bildung geben wir 150 Millionen Euro und verlängern das Krippenausbauprogramm mit 274 Millionen Euro. Wir setzen damit ein klares Zeichen im Bildungsbereich. Das stand am Anfang dieser Koalition als Schwerpunkt im Koalitionsvertrag. Und damit werden wir den letzten Haushalt in dieser Legislaturperiode abschließen.

(Beifall bei der FDP)

Weil ich sehr viel dazu gelesen habe, möchte ich auf eine Tatsache hinweisen: Von den manchmal errechneten 1,5 Milliarden Euro Mehrausgaben - eigentlich sind es 1,4 Milliarden Euro, über die wir beim Doppelhaushalt reden - sind 630 Millionen Euro Tilgung und Abfinanzierung. Man kann doch an der Stelle nicht so tun, als ob wir einen Aufwuchs dauerhafter Ausgaben in Höhe von 1,5 Milliarden Euro produzierten. Das ist sachlich falsch, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Ganz im Gegenteil: Dieses Bildungsfinanzierungsgesetz ist solide durchfinanziert mit zusätzlichen Steuernahmen, mit Haushaltsverbesserungen aus 2012 und einer Rücklagenentnahme, die sich kein anderes Bundesland in dieser Größenordnung überhaupt leisten kann, liebe Kolleginnen und Kollegen. Hinzu kommt: Wir sparen im laufenden Haushalt weitere 200 Millionen Euro ein. In diesem Kompromiss sind 200 Millionen Euro an weiteren Einsparungen festgelegt.

(Volkmar Halbleib (SPD): Wo? Bitte sagen Sie, wo!)

Jeder, der die Solidität der Finanzpolitik in diesem Freistaat infrage stellt, möge mir ein Land in Deutschland oder der Welt nennen, das solider finanziert ist als dieser Freistaat unter Schwarz-Gelb.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Ich komme jetzt zum Thema Rücklagen. In den letzten Tagen hat dazu eine sehr breite Diskussion stattgefunden. Ich möchte festhalten: Am Ende dieses Doppelhaushaltes im Jahr 2014 wird die Rücklage – Finanzminister Söder hat von 1,3 Milliarden Euro gesprochen – vielleicht 1,5 Milliarden Euro sein. Die Rücklage besteht aus mindestens 1,3 Milliarden Euro. Der Bayerische Oberste Rechnungshof fordert, die Rücklage zur Sicherstellung einer Gegenfinanzierung in konjunkturell schwachen Zeiten zu verwenden. In dieser Legislaturperiode haben wir, CSU und FDP, die schlimmste Wirtschaftskrise aller Zeiten überbrückt. Bei einem Einbruch der Wirtschaftsleistung um über 3 % haben wir in zwei Haushaltsjahren aus der Rücklage 1,7 Milliarden Euro entnommen.

(Zuruf der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE))

Damit haben wir diese Krise überbrückt.

(Beifall bei der FDP)

Jetzt will mir jemand erklären, dass diese Rücklage nicht ausreiche, um konjunkturelle Schwächephasen auszugleichen.

(Beifall bei der FDP)

Wir erfüllen die Forderung des ORH. Es wird immer so dargestellt, als sei es schlecht, aus der Rücklage Schulden zu tilgen; denn, so die Begründung, man solle nur aus Steuermehreinnahmen tilgen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, was ist denn die Rücklage? – Finanzminister Söder hat einmal darauf hingewiesen: Die Rücklage entsteht aus Steuermehreinnahmen vergangener Jahre. Dass wir im Jahr 2012 Steuermehreinnahmen in die Rücklage haben fließen lassen und 2013/14 zur Tilgung hernehmen, kann nicht kritisiert werden.

(Beifall bei der FDP)

Der Umkehrschluss wäre: Hätten wir 2012 getilgt, wäre es in Ordnung, aber weil wir es 2013 machen, ist es falsch. Diese Argumentation ist nicht belastbar und betriebswirtschaftlich übrigens völlig falsch.

(Beifall bei der FDP)

Ich komme zur Ausgabenentwicklung; auch sie wird immer wieder angesprochen. Bis zum Jahr 2014 stecken in den Ausgaben 540 Millionen Euro zur Schuldentilgung. Wir haben zudem seit 2008 Ausweitungen bei den Ausgaben für den Länderfinanzausgleich in Höhe von 1,3 Milliarden Euro, und die Kommunen bekommen über eine Milliarde Euro mehr. Diese Posten treiben unsere Ausgaben hoch. Das muss man mitberücksichtigen, wenn man über dieses Thema reden will.

Wir investieren in die Bildung; auch das sind Ausgaben. Ich möchte eines festhalten: Wir finanzieren nur das, was wir uns leisten können. Deshalb gab es von 2008 bis 2013 mit dieser Staatsregierung keine Neuverschuldung,

(Beifall bei der FDP)

und auch 2014 wird es keine Neuverschuldung geben. Solider als wir kann man nicht arbeiten, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Ich zitiere zur Rücklagenhöhe den Jahresbericht 2012 des Bayerischen Obersten Rechnungshofs:

Nachdem die Haushaltssicherungsrücklage Ende 2010 schon 2,3 Mrd. Euro betrug, sollte sie

- aufpassen -

nicht weiter aufgestockt werden. Im Interesse einer nachhaltigen Finanzpolitik sollten primär Schulden getilgt werden.

Genau das tun wir, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der FDP)

Die Rücklage soll offensichtlich nicht höher als 2,3 Milliarden Euro sein. Ich zitiere jetzt den Jahresbericht 2013 des Bayerischen Obersten Rechnungshofs:

Hierzu ist es allerdings erforderlich, dass während einer positiven Konjunkturphase Rücklagen in angemessener Höhe aufgebaut oder beibehalten werden.

Noch einmal: Wir haben 1,5 Milliarden Euro Rücklage. In der letzten Krise haben wir 1,7 Milliarden Euro entnommen.

In den Haushalten 2012 bis 2014 ist dies

- so der ORH -

nicht der Fall.

Ich stelle fest: Die Rücklage betrug zum 31.12.2012 drei Milliarden Euro. Laut ORH-Bericht waren 2,3 Milliarden Euro aber schon zuviel. Ich weiß nicht, woran wir uns halten sollen. Ich bin der Meinung, wir erfüllen die Prämisse, mit unserer Rücklage in konjunkturschwacher Zeit gegensteuern zu können. Die Ausstattung der Rücklage für diesen Doppelhaushalt ist auskömmlich.

Ich möchte auf einen weiteren Sachverhalt hinweisen, den wir in der Diskussion immer wieder hören: Wir tilgen jetzt 2,5 Milliarden Euro, und wir haben eine Rücklage in Höhe von circa 1,5 Milliarden Euro. Das macht in der Summe 4 Milliarden Euro. Genau mit dieser Summe an Rücklagen sind wir in diese Legislaturperiode gestartet. Sie können feststellen, dass sich die finanzpolitische Solidität des Freistaates Bayern in dieser Legislaturperiode überhaupt nicht verschlechtert hat.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Man muss einmal den Blick über den Tellerrand wagen. In dieser Diskussion wird eine Tatsache völlig ausgeblendet. Ich möchte den Präsidenten des Bayerischen Obersten

Rechnungshofs zitieren, der gestern gesagt hat -: "Wenn ich mit meinen Kolleginnen und Kollegen in anderen Bundesländern spreche, wären viele froh, wenn sie einen so gut geführten Staatshaushalt hätten wie in Bayern."

(Georg Schmid (CSU): Wo er recht hat, hat er recht! - Peter Winter (CSU): Damit hat er recht!)

Wenn ich mir dazu noch den Rücklagenstand der Bundesländer anschau - aufpassen: Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg, die übrigens in summa über 10 Milliarden Euro neue Schulden aufnehmen, wir machen keine -, dann stelle ich fest, dass diese Länder zusammen Ende 2014 über einen Rücklagenstand von maximal 1,7 Milliarden Euro verfügen werden. Wir haben allein in Bayern schon um die 1,5 Milliarden Euro. Wenn da noch einer fragt, ob wir in Bayern solide haushalten und solide finanziert sind, weiß ich nicht, in welcher Welt er lebt.

(Beifall bei der FDP - Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Ich möchte folgende Schlussfolgerung ziehen, lieber Kollege Halbleib: Mahnen: ja; auf Risiken aufmerksam machen: auch ja. Wir müssen uns aber über eines im Klaren sein: Sowohl Ihre Kritik als auch die in einigen Punkten mit Sicherheit nicht unberechtigte Kritik des Obersten Rechnungshofs zielt auf den mit Abstand Klassenbesten in dieser Republik. Man muss die Maßzahlen einer soliden Haushaltspolitik und Finanzierung einordnen. Dem nach Einwohnern größten deutschen Bundesland, Nordrhein-Westfalen, hat der dortige Verfassungsgerichtshof zum wiederholten Mal einen verfassungswidrigen Haushalt bescheinigt. Das müssen die Bürgerinnen und Bürger in Bayern einordnen, wenn über solide Haushaltspolitik und Alternativen in Bayern gesprochen wird.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Wie sehen denn die Rahmendaten aus? – Die Investitionsquote in Bayern lag 2008 bei 12 %. Sie wird im Jahr 2013 bei 12,2 % liegen. Das sind 2 % über dem Durch-

schnitt der westlichen Bundesländer. Das ist doch ein starkes Zeichen dafür, was wir mit unseren Ausgaben tun. Ich verfolge die Diskussion, dass die Personalausgaben angeblich explodieren. Ich möchte aber an dieser Stelle festhalten: Die Personalquote 2008 lag bei 41,4 % und wird nach den jetzigen Beschlüssen 2013 bei 41,6 % des Haushalts liegen. Das heißt im Umkehrschluss: Der Anteil der Personalausgaben hat sich überhaupt nicht erhöht. Wer hier von explodierenden Personalausgaben spricht, muss die Zahlen in ein Verhältnis setzen und wird dann feststellen, dass sich die Lage nicht verschlechtert hat. Das heißt im Umkehrschluss nicht – darauf weise ich hier ausdrücklich hin –, dass die Personalausgaben, vor allem die Versorgungsausgaben, in Zukunft nicht eine Baustelle unserer in die Verlängerung gehenden Koalitionsregierung sein werden. Das ist keine Frage. Aber die Dramatisierung, die hier einige probieren, um daraus politisches Kapital zu schlagen, wird von den Zahlen nicht bestätigt.

Der Finanzierungssaldo wurde angesprochen. Da zeigt sich noch einmal, wie dramatisch die Sichtweise einiger in einem Ein-Perioden-System ist. Sie schauen sich immer nur ein Jahr an. Das ist eine kameralistische Sichtweise. Der Finanzierungssaldo dieser Regierungskoalition aus CSU und FDP – ohne Landesbank – ist positiv. Auch mit diesem Nachtragshaushalt ist der Koalition ein positiver Finanzierungssaldo in dieser Legislaturperiode gelungen.

Ich halte fest: Von unsolider Haushaltspolitik kann in Bayern keine Rede sein; eine solche ist auch nicht in Sicht. Wir sind Klassenbester nicht nur in der Haushaltspolitik, sondern auch wenn es um die Symmetrie der Bildungsfinanzierung geht. Dem Wegfall der Studienbeiträge auf der einen Seite stellen wir gegenüber: Einführung des Meisterbonus mit 1.000 Euro, Schulgeld für Altenpfleger und Kinderpfleger, finanzielle Schwerpunkte im frühkindlichen Bereich, unter anderem den Einstieg in das zweite, kostenfreie Kindergartenjahr. Diese Koalitionsregierung sorgt dafür, dass die Hälfte der Kindergartenleistungen kostenfrei sein wird. Das zeigt, dass wir im Bereich der Bildungsfinanzierung absolut auf dem richtigen Weg sind.

(Beifall bei der FDP)

Uns war es wichtig, dass die Studienbeiträge in dem Nachtragshaushalt bzw. in dem Bildungsfinanzierungsgesetz voll kompensiert werden. Wir führen die Kompensation mit einem ausgeglichenen Haushalt durch; es gibt keine Neuverschuldung.

Aber schauen wir da auch einmal in andere Bundesländer. Der Ausgleich der Studienbeiträge in Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg erfolgt mit einer Neuverschuldung. Das ist ja eine "prima" Leistung im Sinne der Generationengerechtigkeit. – Niedersachsen macht es besser: Da kürzt man nämlich im Sozialbereich um 20 Millionen Euro, im Wissenschaftsbereich um 16 Millionen Euro, im Bildungsbereich um fast 6 Millionen Euro. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich halte noch einmal fest: Wir machen keine neue Schulden wie Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg, und wir investieren mehr als zuvor im frühkindlichen und im beruflichen Bereich sowie in der Hochschulbildung. Deshalb sind wir die klare Gegenposition und das Alternativkonzept zu Rot-Grün in allen anderen Bundesländern.

(Beifall bei der FDP)

Mir drängt sich der Eindruck auf, dass die Opposition das Haar in der Suppe sucht und der Meinung ist, dass das ein Bär sei. Das Gegenteil ist der Fall. Es gibt kein Haar in der Suppe des Bildungsfinanzierungsgesetzes. Deshalb ist es erfreulich, dass wir so stark in die Qualität gehen: 1.000 Euro Meisterbonus ab 1. September 2013, Schulgeldausgleich für private Berufsfachschulen der Altenpflege, der Sozialpädagogik und für Kinderpfleger. Wir investieren in den Übergang – das ist uns sehr wichtig – zwischen Kindergarten und Grundschule, um deren Verzahnung und die Sprachförderung aller Kinder zu verbessern. Es handelt sich dabei um ungefähr 10.000 Vorschulkinder.

Wir setzen ein klares Signal – das war der FDP-Fraktion besonders wichtig – für die Qualität der frühkindlichen Bildungseinrichtungen. Zudem werden wir – darauf habe ich schon hingewiesen – die Kindergartenleistungen zur Hälfte beitragsfrei stellen.

An dieser Stelle halte ich noch einmal fest: Dieser Nachtragshaushalt ist ein beispielloses Signal der Solidität und der soliden Haushaltsfinanzierung nach Deutschland und

Europa. Er enthält eine beispiellose Tilgung von über 11 % der Schulden, die wir übernommen haben. So etwas wird man nirgendwo finden. Wir verbessern die Qualität im frühkindlichen Bereich, in der beruflichen Bildung, und wir machen eine Vollkompensation der Studienbeiträge. Das alles ohne neue Schulden!

Sie mögen ein Haar suchen. Aber es gibt kein Haar. Das werden wir den Bürgerinnen und Bürgern draußen klarmachen.

(Beifall bei der FDP)

Ich komme zum Schluss noch auf einen Punkt zu sprechen, der in den letzten Tagen immer wieder genannt wurde. Ich finde es unverantwortlich, wenn dazu von hier aus unzutreffende Behauptungen aufgestellt werden. Ich meine den Verkauf der GBW-Anteile durch die Bayerische Landesbank. Diesen Verkauf hat die FDP-Fraktion nicht zu verantworten. Der Verkauf der GBW-Anteile ist durch die EU-Kommission in einem Beihilfeverfahren festgelegt worden.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das ist widerlegt!)

- Das ist völlig falsch, Herr Halbleib. Das steht in den Akten. Schauen Sie dort nach. Dort ist festgehalten, dass es ein diskriminierungsfreies Ausschreibungsverfahren geben wird.

(Widerspruch des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

- Nein, das können Sie nicht widerlegen. Ich habe den Text hier vorliegen. Es steht in diesem Text wortwörtlich so drin. Selbst wenn es zu einem Verkauf an den Meistbietenden kommt, wird der Erlös in der Landesbank nicht frei werden und nicht automatisch in den bayerischen Staatshaushalt überführt werden, weil das aufgrund bilanztechnischer Vorgänge gar nicht möglich ist. Deshalb finde ich es unsäglich, dass Sie den Leuten draußen erzählen, die Mieterinnen und Mieter der GBW müssten jetzt unsere Schulden tilgen. Das ist unredlich und sachlich falsch.

Der Hauptgrund für den Verkauf der GBW ist nicht die Rückführung der Staatsmittel, sondern die Schrumpfung der Landesbank von 400 Milliarden Euro auf 200 Milliarden Euro Bilanzsumme. Das ist die Wahrheit. Deswegen finde ich es unredlich, wenn Sie den Bürgerinnen und Bürgern etwas anderes sagen.

(Beifall bei der FDP)

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Der Kollege Halbleib wird jetzt eine Zwischenbemerkung machen.

**Volkmar Halbleib (SPD):** Ich will jetzt nichts zu den Haaren in der Suppe sagen. Sie haben sich bei diesem Bildungsfinanzierungsgesetz und der vorausgegangenen Debatte zwischen den Koalitionären so sehr die Haare gerauft, dass nun mehr als ein Haar in der Suppe ist, dies schon durch die Besonderheit des Vorgangs. Weiter will ich das nicht aufgreifen.

Aber eines muss gesagt werden. Ich verstehe, dass Sie sich als FDP nicht in eine politische Mithaftung für die Landesbank bringen wollen. Aber Sie sollten schon zur Kenntnis nehmen, dass der meistbietende Verkauf der GBW ein Problem für die Mieterinnen und Mieter darstellt. Das haben wir hier schon diskutiert. Dazu haben wir die klare Position eingenommen, dass es eine Lösung auch dergestalt gegeben hätte, bei der die GBW nach wie vor im Eigentum des Freistaats Bayern bleibt. Dabei hätte den Mieterinnen und Mietern eine Sorge erspart werden können.

Man darf nicht den Eindruck erwecken, als habe das eine mit dem anderen nichts zu tun. Der Betrag, der jetzt als Erlös zu erwarten ist, der über dem Buchwert liegt, wird natürlich genutzt, um die Rückflüsse an den Freistaat Bayern zu finanzieren. Deswegen ist der Zusammenhang hier völlig klar. Das ist nicht demagogisch, sondern das Ergebnis liegt auf der Hand.

Zum Thema Schuldentilgung lässt sich vieles sagen. Ich habe in meiner Rede der Staatsregierung nicht vorgeworfen, dass etwas aus der Rücklage genommen wird. Es

handelt sich ja um einen technischen Vorgang. Aber ich werfe Ihnen vor, dass Sie kein Wort dazu gesagt haben, dass die Finanzierung der Schuldentilgung durch eine Zerschlagung des bewährten Versorgungssystems geschieht. Bis 2017 werden Sie 3,3 Milliarden Euro aus dem System herausnehmen. Wer es ökonomisch betrachtet, weiß natürlich, dass Sie dadurch zwar den Staatshaushalt entschulden, aber die Versorgungssysteme mit Schulden belasten. Das ist, ökonomisch betrachtet, ein Umschichten von der linken in die rechte Tasche. Das sollten Sie ehrlicherweise zugeben.

Herr Kollege Klein, eine Antwort habe ich bei Ihnen vermisst. Zusammen mit dem jetzt eingebrachten Bildungsfinanzierungsgesetz müssen Sie insgesamt 764 Millionen Euro in dem Doppelhaushalt einsparen. Sie haben gesagt, über die Sperren hinaus wollen Sie 200 Millionen Euro einsparen. Ich bitte Sie, hier im Landtag zu sagen, wo Sie dieses Geld einsparen und welche Maßnahmen im Freistaat Bayern, welche Institutionen und welche Bevölkerungsteile hiervon negativ betroffen sein werden. Dies zu sagen, gehört mit zur haushaltspolitischen Ehrlichkeit. Jedoch habe ich dazu von Ihnen kein einziges Wort gehört.

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Bitte, Herr Klein, zur Beantwortung.

**Karsten Klein (FDP):** Ich sage kurz etwas zur GBW. Ich habe überhaupt nicht bestritten, dass als Resultat des Verkaufs der Anteile ein Problem für die Mieter entstehen könnte. Ein solches Problem kann man nicht zu 100 % ausschließen. Ich halte das Problem zwar für unwahrscheinlich, aber die Problematik und die Ängste der Mieter nehmen wir ernst. Deshalb warne ich in der Diskussion davor, den Leuten falsche Tatsachen zu nennen. Noch einmal: Im Beschluss der EU-Kommission zum Beihilfungsverfahren steht, dass die Landesbank die Anteile an der GBW verkaufen muss. Sie muss diese Anteile diskriminierungsfrei in ein Verfahren geben, in dem der Meistbietende den Zuschlag erhält. In diesem Beschluss steht auch, dass eine Teilnahme des Freistaats Bayern an dem Bieterverfahren ein weiteres Beihilfungsverfahren nach sich ziehen kann. Diese Drohungen würden nicht in dem Beschluss stehen, wenn es keinen wich-

tigen Anhaltspunkt dafür gäbe; denn dann könnte man sich diese Äußerungen sparen. Deshalb muss man es auch den Bürgerinnen und Bürgern so sagen.

Die Rückflüsse aus der GBW, also die Erträge aus dem Verkauf der Anteile, gehen in die Landesbank. Dort muss erst einmal gesehen werden, was finanziell möglich ist, was für den Rückzahlungsplan berücksichtigt werden kann.

(Volkmar Halbleib (SPD): Was über dem Buchwert liegt! - Inge Aures (SPD): Den haben Sie die ganzen Jahre hinweg heruntergefahren!)

Ausgangspunkt des Verkaufs der Anteile ist nicht der Rückzahlungsplan, sondern das Schrumpfen der Bank. Sie erzählen den Leuten draußen – so der Originalton –, wir wollten die Anteile verkaufen und die Mieter müssten für diese Zahlungen herhalten. Das ist einfach falsch.

(Inge Aures (SPD): Sie müssen es tun, weil Sie gar nicht in der Lage sind, die Bank in der Gewinnzone zu halten!)

Jetzt noch zum Versorgungssystem. Ich habe nicht mehr so viel Zeit. Sie wissen, dass wir das Konzept geändert haben. Wir haben nichts geplündert. Das war uns wichtig. Beide Systeme wurden zusammengeführt. Das Geld wurde drin gelassen. 100 Millionen werden jedes Jahr eingespart. Das ist weniger, als zuvor eingeplant.

(Volkmar Halbleib (SPD): 3,3 Milliarden weniger!)

Wir haben festgelegt, dass diese eine Milliarde, die am Ende der Schuldentilgung zur Verfügung steht, weil sie nicht mehr für Zinszahlungen benötigt wird, in die Versorgungsausgaben gegeben wird. Die 200 Millionen Euro – das haben wir schon mehrfach gesagt – werden im Haushaltsvollzug eingespart. Das ist zwischen den Koalitionspartnern festgelegt. Das werden wir im Haushaltsvollzug einsparen.

(Beifall bei der FDP - Volkmar Halbleib (SPD): Dann sagen Sie es doch der Öffentlichkeit!)

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Vielen Dank, Herr Kollege Klein. Es geht weiter in der Aussprache. Nächster Redner ist Herr Kollege Professor Dr. Piazzolo. Ihm folgt dann Herr Kollege Unterländer. Bitte schön, Herr Dr. Piazzolo.

**Prof. Dr. Michael Piazzolo (FREIE WÄHLER):** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ein paar Worte zum Hochschulteil, zur Kompensation der Studiengebühren. Die Kompensation konnten wir ins Volksbegehren zwar nicht hineinschreiben, wir haben sie aber selbstverständlich immer wieder gefordert. Wir haben auch ein eigenes Kompensationsgesetz vorgelegt, das aus meiner Sicht besser ist als das, was jetzt von der Regierung kommt. Gestatten Sie mir nur drei Bemerkungen. Der Staatsminister hat leider vor fünf Minuten das Haus verlassen, aber ich glaube, es wird ihm mitgeteilt.

Welches sind die Problempunkte? Das erste Problem ist, dass das jetzt vorliegende Bildungsfinanzierungsgesetz nicht nachhaltig ist. Es heißt dort nur, dass jährlich die gleiche Summe von 189 Millionen ausgegeben wird. So steht es im Entwurf. Diese Summe ist nicht steigerungsfähig. Es gibt keine automatische Steigerung. Diese ist in unserem Gesetz enthalten, deshalb ist es auch besser.

Das zweite Problem ist die Höhe der Kompensation. 189 Millionen werden nicht reichen. Deshalb haben wir einen Änderungsantrag gestellt. Nach unseren Berechnungen wären 11 Millionen mehr notwendig als diese 189 Millionen, um die Studienbeiträge voll zu kompensieren.

Der dritte Kritikpunkt ist die Zweckbindung des Gesetzes. Der Zweck des Gesetzes ist die Verbesserung der Studienbedingungen. Früher hieß es Verbesserung der Lehre. So steht es auch in unserem Gesetzentwurf. Wir wollen eine Qualitätsoffensive Lehre haben, und nicht nur die allgemeinen Studienbedingungen verbessern. Dann könnten Sie auch wieder Tischtennisplatten oder Tiefgaragenplätze finanzieren. Nein, wir wollen die Verbesserung der Lehre. Auch da ist unser Gesetzentwurf besser.

Gewünscht hätte ich mir auch, dass man nicht diejenigen Universitäten belohnt, die höhere Studiengebühren verlangt haben, indem man ihnen das Geld entsprechend zurückgibt. Wir wollen, dass man sich wirklich darüber Gedanken macht, wie man diese 189 Millionen gerecht an die Hochschulen verteilt. Das Geld einfach so zu verteilen, wie es bisher eingenommen wurde, halte ich für ungerecht. Sie trauen sich aber nicht, sich darüber Gedanken zu machen.

Die Quintessenz: Das Gesetz, das wir eingereicht haben, gibt wesentlich mehr Antworten. Es ist aus meiner Sicht besser. Darüber werden wir im Ausschuss sicher noch reden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Sie haben gerade ein Zeichen gemacht, möchten Sie noch eine Zwischenfrage stellen?

(Karsten Klein (FDP): Nein, eine Zwischenbemerkung, weil er jetzt schon fertig war!)

Dann bitte schön.

**Karsten Klein (FDP):** Herr Kollege, ich wollte nur etwas richtigstellen, damit wir nicht in die falsche Richtung diskutieren. Unser Ziel ist es, die Kompensation der Studienbeiträge zu dynamisieren. Wir schreiben für die Haushaltsjahre 2015 und 2016 noch keine Beträge fest; denn die Kompensation soll sich an der Zahl der Studierenden orientieren und direkt an die Hochschulen gehen, damit es dort zu einem kompletten Ersatz kommt. Wir sollten uns an der Stelle nicht missverstehen.

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Vielen Dank. Bitte schön, Herr Dr. Piazolo.

**Prof. Dr. Michael Piazolo (FREIE WÄHLER):** So steht es aber nicht im Gesetz. Diese Dynamisierung hat man, wenn man die Kompensation an der Zahl der Studierenden festmacht, wie es in unserem Gesetzentwurf steht. Wir haben 310 Euro pro Kopf vor-

geschlagen. Das bedeutet, wenn mehr Studierende kommen, gibt es automatisch mehr Geld. Sie müssten dagegen noch einmal entscheiden. Das ist in dem Moment ein Problem, wenn die Einnahmen im Haushalt schmaler werden. Dann wird es auch einen Kampf um das Geld geben. Wenn Sie jetzt eine ganz bestimmte Zahl, die Sie pro Studierenden zahlen, ins Gesetz hineinschreiben, wird die Kompensation automatisch dynamisiert. So brauchen Sie noch einmal eine zusätzliche Entscheidung.

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Danke schön, Herr Piazolo. Das waren die Zwischenbemerkung und die Antwort dazu. Jetzt kommt Herr Kollege Unterländer. Der Nächste ist dann Herr Felbinger.

**Joachim Unterländer (CSU):** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Konzeption, die Hochschulbildung und die frühkindliche Bildung zu verbessern, die Qualität auszubauen und schulische Akzente zu setzen - -

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Herr Kollege Piazolo, gehen Sie bitte wieder auf Ihren Platz.

(Prof. Dr. Michael Piazolo (FREIE WÄHLER): Das ist aber ein Platz der FREIEN WÄHLER!)

Uns den Rücken zuzudrehen, ist aber nicht so schön.

**Joachim Unterländer (CSU):** Das Konzept, das die drei wesentlichen Bildungsbereiche umfasst, sucht seinesgleichen. Dieses Konzept ist umfassend und stellt nicht nur eine Kompensation der ausfallenden Studienbeiträge dar. Dieses Konzept ist ein Fortschritt in der Bildungsqualität. Das gilt insbesondere für die frühkindliche Bildung.

Gestatten Sie mir, zwei Bereiche anzusprechen, die in der Diskussion schon eine Rolle gespielt haben, die aber von den Oppositionsfraktionen aus meiner Sicht falsch oder überhaupt nicht dargestellt worden sind. Erstens. Die Verlängerung des Sonderinvestitionsprogramms Krippenausbau bis zum 31. Dezember 2014, mit der für die Kommunen die Möglichkeit, den Krippenausbau voranzubringen, verlängert wird,

sucht ihresgleichen im gesamten Bundesgebiet. Wir kommen damit den Wünschen der Kommunen, vor allem aber den Wünschen der Eltern mit Nachdruck nach.

Der zweite Punkt sind die Abfinanzierungsmaßnahmen. Die Behindertenhilfe ist bei den Abfinanzierungsmaßnahmen selbstverständlich berücksichtigt. 10 Millionen werden im Rahmen dieses Gesamtkonzepts zusätzlich zur Stärkung des Bayerischen Landesplans für Behinderte zur Verfügung gestellt. Dies bedeutet, dass mit den zusätzlichen Mitteln mehr Mittel zur Verfügung stehen als im vergangenen Haushaltsjahr. Es gibt keine Kürzungen, sondern de facto einen Ausbau des Bayerischen Landesplans für Behinderte. Das ist ein positives Zeichen, das man an dieser Stelle eindeutig erwähnen muss.

(Beifall bei der CSU)

Gestatten Sie mir einige Bemerkungen zur Verbesserung der Qualität in der frühkindlichen Bildung. Wir wissen, dass der quantitative Ausbau der Betreuungsplätze für die frühkindliche Bildung und Betreuung eine vorrangige sozial-, gesellschafts- und bildungspolitische Aufgabe ist. Diesen quantitativen Ausbaumaßnahmen müssen aber qualitative Verbesserungen immer sofort folgen. Frau Kollegin Stamm, Sie haben hier von Ostergeschenken gesprochen, obwohl es um Qualitätsverbesserungen geht, die von Ihrer Fraktion immer wieder gefordert worden sind. Das möchte ich als scheinheilig bezeichnen. Diese Argumentation ist überhaupt nicht nachvollziehbar.

(Beifall bei der CSU)

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Herr Kollege Unterländer, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

**Joachim Unterländer (CSU):** Aber selbstverständlich.

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Bitte schön, Frau Kollegin Ackermann.

**Renate Ackermann (GRÜNE):** Herr Kollege Unterländer, ich begrüße ausdrücklich, dass Sie die Qualitätsverbesserung in den Kindertagesstätten in den Vordergrund rücken. Glauben Sie aber nicht, dass der Qualität mehr gedient wäre, wenn statt einer Beitragssenkung mehr Erzieherinnen eingestellt und die Gruppen verkleinert werden könnten? Das ist keine Beitragsfreistellung, sondern eine Beitragsabsenkung. Damit ist niemandem gedient, der Qualität schon gleich gar nicht.

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Bitte schön, Herr Unterländer.

**Joachim Unterländer (CSU):** Liebe Frau Kollegin Ackermann, gleich werde ich auf die Maßnahmen zu sprechen kommen, die in der Konsequenz einen Personalzuwachs bedeuten. Die bewährten Vorkurse für Kinder ohne Migrationshintergrund, die ein Sprachdefizit aufweisen, werden ausgebaut. Außerdem kommt die Inhouse-Fortbildung, eine Fortentwicklung des Sprachberaterprogramms, in deren Rahmen 200 zusätzliche Lernbegleiter in den Einrichtungen für die Umsetzung des Bildungs- und Erziehungsplans sorgen. Das ist ein großer Fortschritt.

(Beifall bei der CSU)

Mit der Veränderung des sogenannten Buchungszeitfaktors für Kinder unter drei Jahren werden überall dort Verbesserungen entstehen, wo sich Kinder unter drei Jahren befinden.

(Barbara Stamm (CSU): So ist es!)

Das bedeutet, dass mehr Zeit vorhanden ist. Das ist das, was wir alle miteinander wollen: Qualität im frühkindlichen Bereich durch mehr Personal.

(Beifall bei der CSU)

Darüber hinaus haben wir einen kleinen, aber feinen Ansatz für die Verbesserung in der Tagespflege erarbeitet. Darauf hat die Behindertenbeauftragte der Bayerischen Staatsregierung, Frau Badura, immer Wert gelegt. Die Finanzierung der Integrations-

einrichtungen soll gleichgestellt werden. Die Tagespflege soll mit den Kindertageseinrichtungen gleichgestellt werden. Das ist eine qualitative Verbesserung. Es ist nicht nachvollziehbar, warum Inklusion in der Tagespflege nicht in gleicher Weise wie in den Kindertageseinrichtungen gefördert und unterstützt werden sollte. Das ist ein Fortschritt im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Schließlich werden die Sprachförderung und lange Öffnungszeiten in den Kindertageseinrichtungen für Kinder unter drei Jahren sowie die Inklusion unterstützt. Damit können sich die Einrichtungen stärker dem Elternwillen öffnen. Meine Damen und Herren, das ist ein Weg, den wir gemeinsam mit den Einrichtungen, mit den Erzieherinnen und mit den Trägern gehen wollen. Vor allen Dingen ist es ein starkes Signal seitens der Bayerischen Staatsregierung und der Regierungskoalition, Hochschulbildung, Schulbildung, frühkindliche Bildung und Betreuung in ihrer Wertigkeit gleichzusetzen. Das sind wir unseren Kindern schuldig. Dazu dient dieses Bildungsfinanzierungsgesetz.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Der nächste Redner ist Herr Felbinger. Ihm folgt Herr Kollege Winter. Bitte schön, Herr Felbinger.

**Günther Felbinger (FREIE WÄHLER):** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich, dass ich als Bildungspolitiker zum Bildungsfinanzierungsgesetz zu Wort komme, und stelle fest, dass man sich in diesem Hohen Hause endlich auf die Bildung – so könnte man es sagen – fokussiert. Vorhin hat Herr Klein argumentiert, dass dieses Bildungsfinanzierungsgesetz unbedingt notwendig sei, um die Qualität zu heben. Dazu muss ich sagen: Vor Wochen standen Sie noch hier und haben gegen all das argumentiert. Herr Klein, das ist doch zum Haareraufen, was Sie hier machen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Das ist der letzte Strohalm der FDP, um sich zu retten. Den Kollegen im Haushaltsausschuss, im Bildungsausschuss und im sozialpolitischen Ausschuss sind viele Argumente entgegengebracht worden. Unsere Anträge zur Ganztagschule, zur frühkindlichen Bildung, zur Privatschulfinanzierung, zum Sportstättenbau und zur beruflichen Bildung sind von Ihnen nicht umgesetzt worden. Vor diesem Hintergrund ist erstaunlich, welcher Meinungswandel durch Volksstimme entstehen kann.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Herr Klein, Sie haben gesagt, dieses Bildungsfinanzierungsgesetz sei ein Signal. Ich sage: Das ist ein Alarmsignal für Sie. Ich komme zum Fazit: Entweder haben CSU und FDP ein Erkenntnisproblem oder pure Angst.

(Brigitte Meyer (FDP): Weder das eine noch das andere!)

Ich sage: Es ist Letzteres. Dieses Bildungsfinanzierungsgesetz ist nichts anderes als die Erkenntnis und das Eingeständnis, dass seit Jahren erhebliche Mängel in der Finanzierung der frühkindlichen Bildung, der beruflichen Bildung, der Privatschulfinanzierung und der Sportförderung bestehen. Wir FREIEN WÄHLER lagen und liegen mit unserer Forderung nach einer Verbesserung der Rahmenbedingungen immer genau richtig.

Herr Finanzminister Söder, Sie haben gesagt, Bayern liege die berufliche Bildung am Herzen. Dazu muss ich sagen: Das ist eine späte Erkenntnis der CSU. Die berufliche Bildung haben Sie in der Vergangenheit eher als fünftes Rad am Wagen behandelt. Ich bin mir sicher, das Bildungsfinanzierungsgesetz kann nur ein erster Schritt in der beruflichen Aus- und Weiterbildung sein. Ich bin davon überzeugt, dass wir uns künftig in weitaus höherem Maße dem Thema berufliche Bildung widmen müssen.

Ich richte gleichzeitig einen Hinweis und einen Appell an Sie: Wenn Sie schon den Meisterbonus von uns abschreiben, dann richtig.

(Lachen der Abgeordneten Brigitte Meyer (FDP))

Im vorliegenden Bildungsfinanzierungsgesetz ist ein sogenannter Meisterbonus von 1.000 Euro pro Absolvent vorgesehen. Das entspricht dem, was wir bereits im November 2012 als Weiterbildungsprämie vorgeschlagen haben. Es gab einen ganz wesentlichen Unterschied: Wir wollen die angehenden Meister, Techniker und Fachwirte dann unterstützen, wenn sie das Geld brauchen, nämlich während der Ausbildung. Ihr Meisterbonus soll erst nach Abschluss der Prüfung voll ausgezahlt werden, wenn der Meister im Berufsleben steht. Meine Damen und Herren, das nützt dem Meisterschüler nichts mehr; denn er verdient dann sein eigenes Geld. Deswegen fordere ich Sie auf: Bessern Sie besser gleich nach. Produzieren Sie keine Förderung mit Geburtsfehler. Ansonsten besteht wie im Jahr 2003 die Gefahr, dass der Bayerische Oberste Rechnungshof Ihren Meisterbonus - damals war es der Meisterpreis der Staatsregierung - erneut kassiert.

Sehr geehrte Damen und Herren, wir FREIE WÄHLER halten Ihnen zugute, dass in Ihrem Bildungsfinanzierungsgesetz der Schulgeldersatz für Altenpflegeschulen, Kinderpflegeschulen und Fachakademien für Sozialpädagogik enthalten ist. Das sind ebenfalls langjährige Forderungen der FREIEN WÄHLER. Wir nehmen zur Kenntnis: Die CSU und die FDP sind durchaus lernfähig. Ich will jedoch deutlich sagen: Dieses Nachbessern erfolgt erst auf Druck der Opposition.

(Lachen bei der CSU)

Das ist einem Volksbegehren, das die FREIEN WÄHLER initiiert haben, geschuldet. So ist es doch. Trotzdem vielen Dank, weil unsere Initiative zum Erfolg geführt hat.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Der nächste Redner ist Herr Winter. Bitte schön, Herr Kollege Winter.

**Georg Winter (CSU):** Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Verfolgung dieser Debatte ist hoch interessant, weil eigentlich alle das Gleiche wollen, jetzt aber große Bedenken vortragen. Wir wollen 900 Millionen Euro, knapp eine Milliarde Euro, zusätzlich ausgeben. Wir haben im Dezember 2012 einen guten Haushalt beschlossen. Es spricht nichts dagegen, noch besser zu werden. Es ist eine Erfahrung im Leben, dass positive Dinge meistens gerne angenommen werden. Der Kollege Halbleib hat bewiesen, dass er sie nicht annehmen möchte.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Er hat heute über die Landesbank gesprochen und damit deutlich gemacht, dass ihm die Kinder, die Studenten, die Seniorenpflege und das Handwerk nicht lieb und teuer sind. Das hat er thematisch weitgehend ausgeblendet. Wer seine Rede gehört hat, kann das bestätigen. Die Landesbank war der rote Faden seiner Rede.

Was machen wir tatsächlich mit den 900 Millionen? Und nun zu den Fragen, Herr Kollege Halbleib: Wer ist dagegen, dass wir eine weitere halbe Milliarde oder eine Milliarde Schulden tilgen? Niemand. Wer ist dagegen, dass wir 150 Millionen Euro zusätzlich in die Hand nehmen, um die Verpflichtungen gegenüber unseren Vereinen und privaten Schulen so abfinanzieren, dass wir überschaubare Wartezeiten zwischen zwei und fünf Jahren erzielen? Niemand! Alle sind dafür.

(Alexander König (CSU): Sehr richtig!)

Wer wollte die Abschaffung der Studienbeiträge nicht? Wir hatten bisher noch als einziges Land die Studienbeiträge, obwohl wir den höchsten Länderfinanzausgleichsbeitrag leisten. Alle anderen Länder, die eigentlich verpflichtet wären, Beiträge zu erheben, weil sie finanziell schwach sind, haben die Beiträge abgeschafft. Da kann es doch nur logisch sein, dass das Land, das am meisten einbezahlt, von seinen Jugendlichen und Bürgern kein Studiengeld verlangt. Alle wollen den Ersatz, und dafür stehen nun die 216 Millionen Euro. Wenn wir all die Kosten zusammenzählen, wird klar, wofür wir diese knappe Milliarde ausgeben.

Und nun kommt noch etwas Zusätzliches, worüber man sicher diskutieren kann. Ich habe aber bisher noch niemanden gehört, der dagegen wäre, mehr für die frühkindliche Bildung, für die Sprachförderung oder auch für das Handwerk zu tun. Diesen 202 Millionen Euro, die wir in diese Bereiche neu hineinstecken, steht die Aussage entgegen, dass wir im Vollzug des Doppelhaushaltes, der 96 Milliarden Euro umfasst, 200 Millionen Euro einsparen wollen. Damit wird Folgendes deutlich: Die 500 Millionen wollen alle, die schnellere Abfinanzierung wollen alle, die Abschaffung der Studienbeiträge wollen ebenfalls alle. Darüber hinaus geben wir zusätzliche 202 Millionen Euro für Kinder, Handwerk, Altenpflege. Im Gegenzug dazu gibt es die schon zitierte Einsparung im Haushaltsvollzug. Das ist bei 96 Milliarden Euro vertretbar, und es ist eine ganz solide Geschichte.

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Herr Kollege Winter, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

**Georg Winter (CSU):** Ich würde gerne zu Ende reden.

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Bitte sehr.

**Georg Winter (CSU):** Ich komme nun zum Stichwort "Rücklage plündern". Anfang 2009 hatten wir eine hohe Rücklage und eine Wirtschaftslage mit minus 5 %, also ein Minuswachstum oder eine Rezession. Niemand von Ihnen hatte etwas dagegen, dass wir in den Jahren 2009/2010 aus der Rücklage 1,7 Milliarden Euro entnommen haben, um die Konjunktur anzuschieben, die Investitionen zu fördern und das Konjunkturpaket II zu finanzieren. Das hat gewirkt; wir sind ganz schnell aus der Talsohle herausgekommen. Dazu haben wir aus der Rücklage Geld entnommen. Wie finanzieren wir die Tilgung in den Jahren 2012/2013? Zu Beginn hatten wir eine Rücklage von 3,65 Milliarden Euro. Ich sage Ihnen: Ende 2013 – das ist meine Rechnung; das konnten Sie noch nicht lesen – werden wir 3 Milliarden Euro Rücklage haben, trotz der Tilgung in Höhe von 2 Milliarden Euro. Damit wird mehr als deutlich, dass die

Rücklagen ein Ergebnis unserer guten Haushaltspolitik sind, die eben nicht – so wie Sie es darstellen – der Entnahme geschuldet ist. Das ist die Situation.

Ein Weiteres ist festzustellen: Auch die Investitionen haben wir nach dem Wegfall der Konjunkturpakete nicht nur gehalten, sondern sogar gesteigert. Sie lagen im Schnitt der drei Jahre 2009/10/11 bei aufgerundet 5,5 Milliarden Euro einschließlich der Bundesmittel und liegen im Schnitt der beiden Jahre 2012/2013 bei 5,6 Milliarden Euro. Wir haben die Investitionen in dieser Zeit also auch ohne Konjunkturpaket II gesteigert. Die Rücklage wird trotz Tilgung um 2 Milliarden Euro nahezu vollständig gehalten. Wenn es eine Entnahme gab, hat sie dazu gedient, die Konjunktur in den Jahren 2009/2010 anzuschieben. Das, was wir als zusätzliche Leistung bringen, ist solide finanziert und auch von allen gewollt. Es ist nur sonderbar, dass alle dafür sind, sogar ein Volksbegehren zur Abschaffung der Studiengebühren initiieren und jetzt plötzlich fragen, ob der Haushalt die Kompensation verkraftet. Das ist doch ein Widerspruch in sich. Wir danken den Steuerzahlern, dass wir Gelegenheit haben, eine so gute, solide Haushaltspolitik zu machen.

(Beifall bei der CSU)

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Herr Kollege Winter, bleiben Sie bitte am Redepult. Es gibt noch zwei Zwischenbemerkungen. Die erste kommt vom Kollegen Halbleib. Bitte sehr, Herr Kollege Halbleib.

**Volkmar Halbleib (SPD):** Herr Kollege Winter, ich bin verwundert, dass Sie diese Aussage als Vorsitzender des Haushaltsausschusses machen, während der stellvertretende Vorsitzende in dieser Plenardebatte zum Ausdruck bringt, dass wir diese ganzen zentralen Politikfelder, die wir seit Jahr und Tag in diesem Hohen Hause immer wieder thematisieren, schon bei der Beratung des Doppelhaushaltes eingebracht haben, wo sie samt und sonders von der Regierungsfraktion abgelehnt wurden. Darüber kann der stellvertretende Vorsitzende des Haushaltsausschusses nur seine Verwunderung zum Ausdruck bringen. Ich glaube, das gehört auch dazu.

Wir machen deutlich, dass wir die Ziele unterstützen. Das habe ich auch in meinem Redebeitrag gesagt. Ich habe auch gesagt, dass wir sie dauerhaft finanzieren und ausbauen wollen. Deswegen muss man der Ehrlichkeit halber dazusagen – das müssten Sie auch machen -, dass dazu beispielsweise Vorstellungen über große Steuer-senkungen, wie sie auch von Ihrer Partei, aber insbesondere von der FDP vertreten werden, nicht passen. Es sind sozialdemokratische Ziele, zu denen wir uns bekennen, und dazu gehört natürlich auch eine vernünftige Einnahmepolitik. Das ist das kleine Einmaleins eines jeden Haushälters.

(Zuruf von der CSU)

Herr Kollege Winter, ich möchte Sie noch fragen, woher die Zuflüsse für die Rücklage kommen. Sie kommen hauptsächlich aus der Landesbank. Das habe ich bereits bei der Beratung des Doppelhaushaltes dargelegt. Sie sind vor allem deshalb möglich, weil wir zur Stabilisierung der Landesbank die größte Schuldenaufnahme hatten. Diese Rückflüsse wären ohne das Landesbank-Desaster nicht möglich und würden auch nicht kommen. Mit einem Desaster und dessen Folgen die Solidität zu begründen, ist weit hergeholt.

Ich fasse zusammen: Wir unterstützen die Ziele. Wir hätten erwartet, dass das alles bereits im Doppelhaushalt umgesetzt worden wäre. Leider sind wir durch Ihr Votum daran gehindert worden. Wir tragen Sorge für eine langfristige Finanzierung. Wir haben dazu auch die finanzpolitischen Grundlagen, bezweifeln aber, dass Sie sie haben.

(Beifall bei der SPD)

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Vielen Dank. Bitte sehr, Herr Winter.

**Georg Winter (CSU):** Herr Kollege Halbleib, es lässt sich im Protokoll nachlesen, dass Sie über die Landesbank geredet haben. Das steht Ihnen auch zu.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Ich darf das dann auch so zitieren. Das waren die Zwischenrufe, wie es tatsächlich war. Sie sagen ja selber, dass diese Bank Gott sei Dank in den Jahren 2013/2014 mehr Einnahmen generiert, als Ausgaben dafür erforderlich sind. Das ist positiv, und das ist auch in Ordnung.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Ich sage von meiner Seite auch: Das mit der Bank war ein Fehler. Eine Partei, die 50 Jahre das Sagen hat, kann in dieser langen Zeit auch einmal einen Fehler machen.

(Inge Aures (SPD): Ja, das war euer Fehler!)

- Ja, das war ein Fehler, aber es gibt auch Erfreuliches. Das Erfreuliche ist, Frau Kollegin Aures, dass mehr reingeht als raus. Das ist das Positive.

Man kann uns in der Tat vorwerfen - jetzt komme ich auf den ersten Teil Ihres Statements, Kollege Halbleib -, dass wir sehr vorsichtig planen. Das zeigt sich im Bericht des Rechnungshofes, dem Sie entnehmen können, dass wir beim Ist immer besser sind als im Plan. Das ist positiv, und damit sind wir beim Thema Rücklage.

Natürlich könnte man, wenn man sehr optimistisch plant, in den Haushalt gleich hineinschreiben, dass wir nicht nur Ausgaben finanzieren, sondern auch die halbe Milliarde oder die Milliarde tilgen. Dann würde das Geld nicht erst in die Rücklage fließen und dann direkt damit die Tilgung getätigt. Nun, wie gesagt, man kann uns vorwerfen, dass wir immer sehr vorsichtig kalkuliert haben.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Herr Kollege Halbleib, wenn Sie nun von Wahlprogrammen oder Steuergeschenken sprechen, wissen Sie doch auch, da Sie mich kennen, dass ich mich mit dem Ist beschäftige und nicht so sehr mit Plänen, Ankündigungen oder Programmen. Ich bin immer am Ist orientiert. Und das Ist sagt uns: Wir haben Rücklagen gebraucht, als die Konjunktur 2009 runterging.

Das Schlimme ist ja, dass wir es in Deutschland zunächst kaum geschafft haben, Rücklagen anzulegen. Wir haben immer gewusst, wenn wir in der Talsohle sind, geben wir mehr aus, und wenn wir oben sind, vergessen wir, erneut Rücklagen zu bilden.

Wir in Bayern sind da eine Ausnahme. Wir haben rechtzeitig Rücklagen gebildet und konnten dann, als wir sie brauchten, auf diese Rücklagen zurückgreifen und die Konjunktur anschieben. In den darauffolgenden Jahren sind wir dann dafür belohnt worden, weil es wirtschaftlich gut lief und läuft. Das ist so ziemlich das Wesentliche, und das wollte ich deutlich machen. Die Rücklage war wichtig für die Konjunktur, aber die Rücklage ist kein wesentlicher Teil der Schuldentilgung.

(Beifall bei der CSU)

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Herr Kollege Winter, ich weiß schon, dass das ein komplexes Thema ist und man schwierige Fragen auch ausreichend beantworten muss. Aber ich bin trotzdem gehalten, auf die Zeit zu achten. Dies tun wir auch jetzt bei der nächsten Zwischenbemerkung von Frau Kollegin Ackermann.

**Renate Ackermann (GRÜNE):** Herr Kollege Winter, es freut uns außerordentlich, dass die Regierungskoalition jetzt Verbesserungen im frühkindlichen Bereich in Angriff nimmt, ebenso wie bei den Altenpflegeschulen und beim Thema Inklusion. Wir hatten zum Doppelhaushalt zu all diesen Punkten Änderungsanträge gestellt, die ebenfalls die Verbesserung im Blick hatten, aber allesamt abgelehnt wurden. Warum kommen Sie jetzt auf die Idee, Verbesserungen einzubringen? Warum jetzt, warum nicht im Doppelhaushalt, und was ist in der Zwischenzeit mit der Regierungskoalition passiert, dass man nun plötzlich umdenkt?

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Danke schön, Frau Kollegin Ackermann. – Bitte schön, Herr Winter.

**Georg Winter (CSU):** Herr Präsident, ich soll es kurz machen. Frau Kollegin Ackermann, was passiert ist, stand in der Zeitung.

(Beifall bei der CSU)

Aber zur Antwort auf Ihre Frage: Wenn man uns etwas vorwerfen kann, dann das, dass wir nicht so optimistisch und offensiv sind, sondern etwas mehr das Prinzip Vorsicht walten lassen: Erst wenn wir sehen, es gibt Mehreinnahmen, wir haben noch Luft, geben wir Geld aus und nicht schon vorher. Das ist der Grund, warum wir nicht so früh dran sind wie Sie, sondern etwas vorsichtiger; aber es hat sich für Bayern bewährt.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Vielen Dank, Herr Kollege Winter. – Nun liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Die Aussprache ist damit geschlossen. Nach § 148 unserer Geschäftsordnung ist der Gesetzentwurf dem federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zu überweisen.